Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 1800 M., durch die Post 1800 M. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H. Halle, Kerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 M. für Reklame, nichtl. an den dreispaltenen Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 80 Mark | **Freitag, den 2. Februar 1923** | **3. Jahrgang. Nr. 28**

Die Kohlenblockade

Was ist zu tun?

Mit der Mitternacht des 1. Februar hat die Kohlenblockade begonnen. Nach einer Note Poincarés wird die Kohlenzufuhr ins unbesetzte deutsche Gebiet gesperrt. Die Eisenbahnanlagen an der Sperrlinie sind militärisch besetzt. Mit der Zurückhaltung der Kohlen- und Kokszüge und auch der Leerzüge haben Franzosen und Belgier begonnen.

Kein Zweifel, daß mit diesen Blockademaßregeln der Kohlenkrieg erst wirklich beginnt und daß er die schwersten Gefahren für die arbeitende Bevölkerung und die Wirtschaft ganz Deutschlands mit sich bringt.

Was tut die Regierung gegen den drohenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft? Sie läßt durch das WTB. frei nach Ludendorff erklären, daß „Maßnahmen getroffen" seien. Worin diese Maßnahmen, außer in der Fortsetzung passiver Resistenz und der damit verbundenen Verschärfung des Konflikts besteht, verrät eine weitere offiziöse Notiz, die ein Notgesetz ankündigt.

Dieses Notgesetz ist ein Ersatzgesetz für das vor 14 Tagen kläglich gescheiterte Ermächtigungsgesetz, das in Nachahmung des 4. August der Regierung unbeschränkte Vollmacht geben wollte. Wie dies Ermächtigungsgesetz, beginnt das geplante Notgesetz mit Bestimmungen über Luftbarkeiten, Preistreiberei, Alkoholmißbrauch und Ausfuhrverboten, um mit Kampfmaßnahmen gegen den inneren Feind zu enden. „Auswüchse im Pressewesen" soll es unterdrücken.

Durch keine Zensur, durch kein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten wird Poincaré geschlagen, der Verfall der deutschen Wirtschaft aufgehalten. Das kann nur noch durch die Arbeiterfaust geschehen.

Nationierung der Kohle, die auch Berahard fordert, ist das erste. Aber keine Nationierung, die durch Schleichhandel und Wucher gemildert ist, die aus dem Kohlenkrieg verdienen, von Stinnes an, neue Milliarden in den Schoß wirft. Sondern eine Nationierung, die den Lebensnotwendigkeiten der arbeitenden Massen gerecht wird. Ihre Voraussetzung durch Aufnahme und Beschlagnahme der vorhandenen Kohlenvorräte zu schaffen, ist Aufgabe der Betriebsräte und Kontrollausschüsse.

Sachwerterfassung und scharfe Besitzbesteuerung ist das andere. Der Feind steht im Land, weil die Politik des Bürgerblocks, weil das Schwerkapital durch seine Steuersabotage ihn ins Land gerufen hat. Soll er heraus, so muß die Bourgeoisie zahlen. Und sie kann nur zahlen, wenn ihre Regierung verschwindet und eine Arbeiter-Regierung sie durch die Erfassung der Sachwerte mit eiserner Faust zum Zahlen zwingt.

*

Der Kohlenkrieg im Westen

Durch die nun erfolgte Kohlensperre hat sich die Lage der Ruhrarbeiterschaft wie des gesamten preußischen Proletariats verschärft. Noch kann sich zwar die Maßnahme nicht auswirken, im Bergbau und der Industrie wird nach wie vor weitergearbeitet. Aber die Krise ist da, wenn in den Bergwerken wegen überfüllter Kohlenhalden die Arbeit eingestellt werden soll und wenn in ganz Deutschland sich infolge Kohlenmangels die Arbeitslosigkeit verschärft. Zwar behaupten die deutschen Industriellen prahlerisch, daß sie auf lange Zeit mit Kohle versorgt seien, doch muß sich die Arbeiterschaft an der Ruhr wie im übrigen Reich rüsten, den drohenden Gefahren entgegenzutreten.

Im besetzten Gebiet sind die militärischen Gewaltmaßnahmen verschärft worden. Die Verhaftungen und Ausweisungen von Beamten wurden fortgesetzt. Die gesamte Kohlenzer Presse ist auf drei Tagen verboten worden. In den Fahrzeugwerken von Burg bei Bochum wollten französische Truppen mit Waffengewalt Automobile requirieren und Monteure zu Arbeitsleistungen heranziehen. Die Arbeiter weigerten sich trotzdem, Beistand zu leisten.

Infolge der Kohlensperre ist auch eine Verschlechterung der Verkehrslage zu erwarten, da von deutscher Seit mit Zurückhaltung der Waggons gedroht wird. Die Besatzungsbehörden haben erklärt, daß den Lebensmitteltransporten keinerlei Hindernisse gemacht werden sollen. Wegen Verhaftung von Beamten und militärischer Uebergriffe ruht der Eisenbahnverkehr noch in Wiesbaden und Mainz, in Essen streiken noch die Telephon- und Telegraphenbeamten, in Ludwigshafen droht ein neuer Ausstand des Eisenbahnpersonals.

*

Die erste Kapitulation der Staatsbureaukratie

(Eigene Drahtmeldung.)

Köln, 1. Februar.

Der Präsident der Eisenbahndirektion Köln hat eine Verfügung an die einzelnen Dienststellen herausgegeben, nach denen nach Verhandlungen der Unterkommissionen der Besatzungsbehörde, auf Grund der vom Reichsverkehrsminister Groener bekanntgegebenen Richtlinien, unter Hinzuziehung der Organisationen und Gewerkschaften, folgendes bekanntgegeben wird:

1. Von den bisher besetzten Bahnhöfen und den dazugehörenden Strecken ist vom 2. Februar, morgens 6 Uhr ab, der Dienst wieder in vollem Umfange ausschließlich von unserem Personal aufzunehmen.

2. Die bewaffneten Posten werden nach Wiederaufnahme des Dienstes zurückgezogen werden.

3. Das zwecks Erlernung auf den Dienststellen befindliche französische und belgische Eisenbahnpersonal, das nach dem Rheinlandabkommen geduldet werden muß, reist zurück, jedoch ohne Waffen. Das Personal soll der Wichtigkeit, wieder Herren des Gebiets zu werden, eingedenk sein und kleinere Differenzen, die während einer kurzen Uebergangszeit kaum zu vermeiden sein werden, nicht zum Anlaß neuer eigener Maßnahmen machen, um nicht den ganzen Erfolg zu gefährden.

*

Diese Abmachungen werden von der staatlichen Bureaukratie als Erfolg in die Welt posaunt, in Wirklichkeit ist es eine offene Kapitulation. Die französischen Posten werden erst zurückgezogen, wenn das deutsche Personal die Arbeit wieder aufgenommen hat, das nun wieder Militärtransporte usw. befördert. Das deutsche Personal soll „kleinere Differenzen" nicht zum Anlaß neuer Arbeitseinstellungen nehmen usw.

Diese Kapitulation der Staatsbureaukratie deutet darauf hin, daß die deutsch-französischen Verhandlungen hinter den Kulissen ziemlich weit gediehen sind. Das deutsche Proletariat muß um so wachsamer bleiben, denn um seine Haut wird geschachert.

Die Regierung der bürgerlichen Ordnung

PB. **Dresden**, 30. Januar.

Das Kabinett Lipinski hat sich in der Landtagssitzung vom 30. Januar als das Kabinett der bürgerlichen Ordnung proklamiert. Es hat die Kampffront der Arbeitermassen verschmäht und sich als die Retterin der bürgerlichen Eigentumsordnung den bürgerlichen Parteien angelegentlichst empfohlen. „Gegen das Chaos! Für die Ordnung!" Das ist die Losung der sozialdemokratischen Regierung. Unter diesem Feldgeschrei ist sie in das Lager der Bourgeoisie übergegangen. Diese Tatsache kann nicht ausgelöscht werden durch die formale Abstimmung in der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages. Das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen den Polizeiminister Lipinski wurde in namentlicher Abstimmung angenommen. Die bürgerlichen Parteien gaben Erklärungen ab, nach denen sie aus anderen Motiven wie die Kommunisten dem Mißtrauensvotum zustimmten. Das Gesamtministerium hat sich mit Lipinski solidarisiert und seinen Rücktritt erklärt. Die sozialdemokratische Regierung ist nach zweimaliger Tätigkeit an der brennendsten Frage des Klassenkampfes, am Faszismus, gescheitert.

Die Regierungskrise in Sachsen hat ihren Ausgangspunkt in zwei Tatsachen: in der Stellung der sozialdemokratischen Regierung zur Reparationsnote vom 13. November 1922 und im Versagen der Regierung im Kampfe gegen die faszistische Bewegung.

Die Verschärfung der politischen Lage hat die sozialdemokratische Regierung Sachsens mehr und mehr an die Seite des Bürgertums getrieben. Sie ist zu einem Organ der Kapitalsoffensive, zum Garanten der Stinnespolitik in Sachsen geworden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat trotz der Proteste vieler sozialdemokratischer Mitgliedschaften gegen die Cunopolitik und gegen die Durchführung der Reparationsnote vom 13. Dezember die Regierung uneingeschränkt gewähren lassen.

Die sozialdemokratische parlamentarische Vertretung hat nicht die Kraft aufgebracht, diesen Willen der sozialdemokratischen Arbeiter dem Willen der Regierung entgegenzusetzen. Wirtschaftlich hat die Regierung der Arbeiterklasse in keiner Weise geschlossen. Im Gegenteil. Die staatlichen Werke sind den Scharfmachern der Privatindustrie mit der Entrechtung der Betriebsräte vorangegangen. Die Steuerpolitik der Regierung sieht keinen anderen Ausweg wie die Belastung der breiten Massen, die auch verfassungsmäßig mögliche Entlastung der breiten Massen durch eine Zwangsanleihe wird von der Regierung abgelehnt.

Der Einmarsch Poincarés ins Ruhrrevier hat die Regierung vollständig an der Seite der nationalistischen Bourgeoisie gefunden. Im Landtag hat die Regierung eine Erklärung abgegeben, in der sie die nationale Einheitsfront mit den Deutschnationalen aufrichtet. Der Ministerpräsident Buck hat in der Sitzung vom 30. Januar außerdem noch erklärt, daß er sich rückhaltlos auf den Boden des Aufrufs der Reichsregierung über das „Volksopfer" stellt. In allen Besprechungen der Ministerpräsidenten ist die sächsische Regierung mit dem schwerindustriellen Kabinett Cuno durch dick und dünn gegangen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat den ganzen nationalistischen Rummel restlos mitgemacht.

Die Unterwerfung der bayrischen Regierung Knilling unter den Terror der Nationalisten bedeutet eine neue Etappe im Vormarsch der faszistischen Bewegung in Deutschland. Der Abwehrkampf gegen den Faszismus ist zu einer Existenzfrage für die deutschen Arbeiter geworden. Gerade eine sozialdemokratische Regierung hat die Aufgabe, jede konterrevolutionäre Regel rücksichtslos zu unterdrücken. Eine Duldung faszistischer Kundgebungen und Organisationen ist schamloser Verrat an dem elementarsten Lebensinteresse des Proletariats. **Diesen Verrat hat die sozialdemokratische Regierung begangen.** Sie hat mit ihrer Exekutivgewalt, mit ihren Beamten und ihrer Polizei die Nationalisten geschützt. Herr Lipinski erklärt: „Die Leipziger Polizei hat sich im Kampfe gegen die Kommunisten einwandfrei und prächtig benommen!" Herr Lipinski begnügte sich nicht damit, die schwarzweißrote Fahne mit dem Hakenkreuz und die bewaffneten Faszistenbuben zu verteidigen. Er gab obendrein den Staatsanwälten das Stichwort gegen die Kommunistische Partei. Der sozialdemokratische Polizeiminister „enthüllte" Richtlinien der Zentrale der Kommunistischen Partei über illegale Arbeit. Er machte die Staatsanwälte auf die Beschlüsse des 4. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über illegale Vorbereitungen aufmerksam. **Die Rechtfertigung des Polizeiministers war eine wüste Pogromrede gegen die Kommunisten.** Es nützte alles nichts! Die besitzende Klasse hat ihrem Lakaien den Fußtritt gegeben.

Die sozialdemokratische Regierung wollte jedoch auch beweisen, daß sie energische Maßnahmen für den „Schutz der Republik" plant. Wegen der „Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage" rechnet die Regierung noch immer „mit größeren Unruhen". Um diese Unruhen unterdrücken zu können, verlangt die Regierung in ihrem Nachtragsetat 20 Millionen Mark. Die Regierung will angeblich mit diesen 20 Millionen — die Arbeiter bewaffnen. Sie versucht auf diese Weise dem Proletariat vorzutäuschen, daß sie den Kampf mit der besitzenden Klasse mit der Waffe austragen will. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Täuschungsmanöver demagogischer Art. Die Voraussetzung für den Kampf der Arbeiterschaft mit der Waffe in der Hand gegen die besitzende Klasse ist die Mobilisation der breiten Massen. Die praktische Politik der Regierung

Das Grubenunglück in Oberschlesien

Bisher 116 Tote, 50 Vermißte

WTB. **Beuthen**, 1. Februar.

Zu dem Grubenunglück auf der Heinitzgrube erfahren wir noch, daß die Explosion gestern früh auf dem Römhildschacht bei Birkenhain erfolgte. Die Explosion war so stark, daß die Grubenlampen erloschen. Bis heute früh 9 Uhr wurden 116 Bergleute tot geborgen, von denen 18 noch nicht identifiziert werden konnten. 49 Bergleute werden noch vermißt. Fast alle an das Krankenhaus wegen Gasvergiftung Ueberwiesenen konnten bereits wieder entlassen werden, da sich die Vergiftungserscheinungen nach kurzer Behandlung glücklicherweise als leicht herausstellen. Wie jetzt feststeht, ist auch die Belegschaft der Grubenfirma Stephan in Scharley in Mitleidenschaft gezogen, da infolge der Explosion der Ueberweg zum Römhildschacht eingestürzt ist.

*

Dieses Grubenunglück erweist sich schon jetzt, nachdem die genaue Zahl der Todesopfer noch gar nicht feststeht, als eines der schwersten in Deutschland. Die kapitalistische Ausbeutung verlangt immer mehr und immer schwerere Opfer von der arbeitenden Klasse. Die von Moral und Mitleid triefenden Beileidskundgebungen hoher und höchster Stellen helfen nichts. Helfen kann nur eine Beseitigung jeglicher Antreiberei, ein wirklich auskömmlicher Lohn, die Sechsstundenschicht, eine Arbeiterkontrolle. Um dieses muß die Bergarbeiterschaft kämpfen.

Das „Mißverständnis" in Lausanne

Lausanne, 1. Februar.

Nachdem England von Poincaré durch die gestern bekanntgewordene Mitteilung einen Wink mit dem Zaunpfahl bekam, beeilt man sich heute, das „Mißverständnis" aufzuklären. Sowohl das Londoner, wie das Pariser Außenamt geben offiziöse Noten heraus, in denen die „irrtümliche Auslegung" des Telegramms Poincarés betont wird, ähnlich, wie es mit dem Mobilmachungsbefehl Lloyd Georges zu Beginn der Verhandlungen geschah.

Nichtsdestoweniger fährt England mit der Konzentrierung seiner Flotte vor Konstantinopel fort.

Sowjet-Rußland und die Meerengen

Lausanne, 1. Februar.

Die Erklärung, die Tschitscherin heute über das Meerengenabkommen im Namen der russisch-ukrainisch-georgischen Abordnung verlas, stellt fest, daß das Abkommen die Sicherheit und die Lebensinteressen dieser drei Länder bedroht und ihnen und den anderen Ländern neue Gefahren bringt. Die russisch-ukrainisch-georgische Abordnung ist davon überzeugt, daß das türkische Volk durch eine Fortsetzung des Kampfes sich von den gegenwärtigen Friedensbedingungen befreien könne, und sie weist darauf hin, daß der Vertrag von Angora zwischen der Türkei und der Ukraine, der Artikel 1 des Moskauer Vertrags vom 16. März 1921 zwischen Rußland und der Türkei, sowie der Vertrag von Kars zwischen der Türkei und der transkaukasischen Republik jeden Teil verpflichtet, keinen Friedensvertrag und keinen internationalen Akt anzuerkennen, der dem anderen Teile aufgezwungen würde. Aus allen diesen Gründen lehne die russisch-ukrainisch-georgische Abordnung das Projekt der einladenden Mächte ab und betone ihren hartnäckigen Widerstand gegen die dadurch zum Ausdruck kommende Politik. Die Erklärung schließt mit den Worten: Es besteht gegenwärtig kein Abkommen mit Rußland, der Ukraine und Georgien, es gab keine Verhandlungen mit ihnen, nicht einmal Versuche zu Verhandlungen. **Unter diesen Umständen ist von keiner Entscheidung in der Meerengenfrage die Rede.** Es gibt keine Entscheidung und wird nie eine Entscheidung ohne Rußland geben. Wenn das Abkommen ohne Rußland, die Ukraine und Georgien unterzeichnet wird, behalten diese Länder völlige Handlungsfreiheit. Selbst wenn gewisse Mächte dieses Abkommen ohne Rußland, die Ukraine und Georgien unterzeichnen, bleibt die Meerengenfrage unerledigt.

Dollar heute vormittag 42500 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230202-17/fragment/page=0001

unterdrückt jedoch jede Bewegung der Massen. Die Regierungspartei, die Sozialdemokratie, fürchtet Massenkämpfe und stellt sich jeder Mobilisierung der Arbeiterklasse entgegen. Die Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf werden von der Sozialdemokratie bewußt sabotiert und vernichtet. Die „Bewaffnung der Arbeiter hinter dem Rücken der Bourgeoisie", für die die Regierung angeblich 20 Millionen Mark benützen will, ist nichts als Schaumschlägerei. Der Bourgeoisie gegenüber leugnet die Regierung den Verwendungszweck dieser Mittel. Sie will sich nach beiden Seiten decken.

Die sozialdemokratische Regierung war naiv genug, zu glauben, daß die kommunistischen Arbeiter die Stinnes-Politik dieser Regierung unterstützen würde. Das Kabinett Buch-Lipinski glaubte, weil es das Prädikat „sozialdemokratisch" trug, daß dieses Firmenschild allein genüge, um die Arbeiterschaft kritiklos hinter sich zu sammeln. Die Regierung hat sich geirrt. Das Wort sozialdemokratisch ist nur ein Wort. Entscheidend sind die Taten. Und die Taten der Regierung waren bürgerlich. Zwischen Bourgeoisie und Proletariat hat die Regierung geschwankt. Obwohl sie die Geschäfte des Bürgertums besorgte, wird sie jetzt von den Bürgerlichen fallengelassen. **Sie hat aber auch nicht das Vertrauen der Arbeiterklasse.** Die Regierung ist über ihre doppeldeutige Politik gestürzt.

Die Sozialdemokratische Partei glaubt besonders schlau zu sein, wenn sie jetzt erklärt, die Kommunisten und die Bürgerlichen sollen nunmehr zusammen die Regierung bilden. Die Kommunisten sind die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft. **Es braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden, daß sich die Kommunisten auf solche Witze nicht einlassen.** Die Sozialdemokratie war in der entscheidenden Landtagssitzung die verkörperte Hilflosigkeit. Ohne Initiative und politischen Halt. **Sie waren die devoten Lakaien ihrer Minister.**

Die Kommunistische Partei hat noch in derselben Sitzung des Landtags nach dem Rücktritt der Regierung ihre Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei vertreten. In letzter Stunde noch haben die Kommunisten der Regierung und den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben mit dem Bürgertum zu brechen und die Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern herzustellen. Am 27. Januar, am Tage vor dem Hitler-Putsch in München hat die Kommunistische Partei die Sozialdemokratie zu gemeinsamen Vorgehen aufgefordert, Bewaffnung der Arbeiter, Bildung von Selbstschutzorganisationen, Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses, Bildung einer Arbeiter-Regierung; das waren die Losungen der zu schaffenden Einheitsfront. Die Sozialdemokraten haben sich für die Bourgeoisie entschieden. Der Platz der Kommunistischen Partei ist bei den arbeitenden Massen, in der Front gegen die Bourgeoisie. Für uns gibt es nur eine Losung: Arbeiter-Regierung! Wir fordern die Sozialdemokraten auf, die Neubildung der Regierung nicht als parlamentarischen Kuhhandel, nicht als ein Schachergeschäft um Ministerposten zu betreiben. Die Bildung der Regierung ist eine Sache, die das gesamte Proletariat angeht. Die Arbeiter sollen entscheiden. Nach Lage der Dinge kann das nur auf einem Landesbetriebsrätekongreß für Sachsen geschehen. Leistet die Sozialdemokratie diesem Bestimmungsrecht der Arbeiter Widerstand, dann werden die Betriebsräte selbst ihre Rechte verteidigen. Der Landesbetriebsrätekongreß für Sachsen wird dann auch ohne und gegen die sozialdemokratischen Führer zustande kommen. Die Sozialdemokratie soll sich aber bewußt sein, daß es sich dann nicht um eine Spielerei handelt, sondern um einen ernsten Schritt der Arbeiterschaft nach vorwärts in einer ernsten, zugespitzten Situation. Die Folgen würden über die sozialdemokratischen Führer kommen.

Nicht Knilling, Hitler regiert Bayern

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 2. Februar.

Im Staatshaushaltausschuß des Bayrischen Landtags hat der Ministerpräsident v. Knilling sich de- und wehmütig wegen der Verhängung des Belagerungszustandes entschuldigt. Er sei notwendig gewesen „wegen des Ernstes der Zeit"; „Hitler habe die Staatsautorität bedroht"; „im übrigen habe das scharfe Auftreten der Regierung auch Erfolg gehabt".

•

Der Erfolg der Regierung hat darin bestanden, daß Hitlers Sturmtrupps die Straße mit dem Belagerungszustand noch besser beherrscht haben, als ohne ihm. Denn er hielt die Arbeiter im Zaum, gegen deren Versammlungen und Zeitungen er sich bis heute allein gerichtet hat. Der Belagerungszustand hat den Triumph Hitler über Knilling und Schweyer nur unterstrichen. Er hat den Falschtenputsch auf kaltem Wege erst möglich gemacht. Der sich entschuldigende Herr v. Knilling regiert nur noch von Hitlers Gnaden.

An diesen Tatsachen wird weder durch Regierungsreden vom Erfolg des Belagerungszustandes, noch durch „Vorwärts"-Schreiben über „faszistische Nebenregierungen" etwas geändert. **Hitler ist in Bayern heute die Hauptregierung.** Daran kann nur noch die Arbeiterschaft etwas ändern, wenn sie schleunigst den Selbstschutz organisiert.

Vom Tage

Fleischvergiftungen in Freienwalde. Fünf Personen gestorben. Wie aus Freienwalde a. d. O. gemeldet wird, sind dort in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Vergiftungserkrankungen nach dem Genuß von Pferdefleisch aufgetreten. Soviel bisher feststeht, sind die Erkrankungen nach dem Genuß von gehacktem Fleisch entstanden, das von einem mitzkranken Tier stammen soll. Bisher sind fünf Personen gestorben, darunter drei Kinder. Die Toten sollen zur genauen Feststellung der Todesursache nach Berlin transportiert werden. Die Gesamtzahl der Erkrankungen in Freienwalde beziffert sich auf etwa 200 bis 300 Personen. Davon mußten einige im Städtischen Krankenhaus untergebracht werden, da bei ihnen Lebensgefahr besteht. Die Ermittlungen der Freienwalder Polizei haben bisher ergeben, daß der Verkäufer des Pferdefleisches ein Roßschlächter Reschuleit ist, der nichts davon gewußt haben will, daß das geschlachtete Pferd milzkrank war. Die ganze Stadt befindet sich in großer Aufregung. Die Untersuchungen werden mit Hilfe der Berliner Kriminalpolizei und Sachverständiger aus Berlin zur Stunde noch fortgesetzt.

Eisenbahnunglück. Nürnberg, 1. Februar. Heute morgen um 6 Uhr 35 Minuten wurde der Güterzug 7126 auf der Strecke Henfenfeld—Ottensoos auseinandergerissen. Der erste Teil durchfuhr Station Ottensoos, der zweite Teil blieb auf freier Strecke liegen. Auf diesen Teil fuhr der Personenzug 1106 auf, dem die Strecke aus Versehen freigegeben war. Reisende wurden nicht verletzt. Von dem Güterzug wurde ein Bremser schwer, ein anderer leicht verletzt. Der Verkehr kann heute abend voraussichtlich eingleisig wieder aufgenommen werden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der Arbeiterdichter Alfons Petzold gestorben. Der beannte Arbeiterdichter Alfons Petzold ist im Alter von 45 Jahren in Kitzbühel in Tirol an Grippe gestorben. Er entstammte einer Arbeiterfamilie, war in seiner Jugend in einer Glasbläserei und dann als Laufbursche und Packer tätig. 28jährig, trat er mit seinem ersten Buch „Trotz alledem" vor die Oeffentlichkeit. Ferner verfaßte er Erzählungen und Romane. Er litt Zeit seines Lebens an Tuberkulose und suchte in der Lungenheilanstalt Allard Heilung. In der Nachkriegszeit hatte er unter materieller Not stark zu leiden und suchte sich durch einen kleinen Buchhandel in Kitzbühel aufzuhelfen.

Der Parteitag der KPD.

Aus dem Stadium der Diskussion heraus

Leipzig, 1. Februar.

Die Leitsätze der Zentrale über die Einheitsfrontaktik sind mit Zweidrittelmehrheit vom Parteitag angenommen worden. Das bedeutet ein Aufatmen gegenüber der Zeit der Erwägungen und der Bedenklichkeiten. Dies bedeutet einen Entschluß.

Die Diskussion über diese Frage ist mit größerer oder geringerer Anteilnahme seit langem geführt worden. Die KPD. ist in Beziehung auf die Frage der Einheitsfront führend in der KI. vorangegangen; sie hat durch diese Taktik unendlich wertvolle Erfahrungen gesammelt, die auf einem anderen Wege gar nicht zu erlangen waren. Die Taktik der Einheitsfront der KPD. war niemals ein Verstecken des Endziels — sie war immer den Bedingungen angepaßt, unter denen gerade die deutsche Arbeiterklasse genötigt ist, ihren Kampf um die ganze politische Macht zu führen. Angefangen von der Tatsache, die Brandler in seinem Schlußwort scharf betonte, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht etwa ihre Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918 durch Waffenkampf verlor, sondern daß sie diese Organe des revolutionären deutschen Proletariats in die Hände der verräterischen Sozialdemokraten abdankten bis zur Tatsache, daß nur die zäheste Propaganda der Betriebsrätebewegung und der Kontrollausschüsse vermag, überhaupt nur erst eine Bresche in die Mauer des passiven Widerstandes der reformistisch erzogenen Arbeiterschaft zu schlagen, hat die revolutionäre Kommunistische Partei in Deutschland ihren Hauptfeind und ihre Hauptschwierigkeit gerade in den reformistischen Illusionen der Arbeiterschaft gefunden.

Sehr deutlich kamen im Referat und Korreferat über die Frage der Einheitsfront und der Arbeiter-Regierung jene beiden Strömungen zum Ausdruck, deren eine Brandler vertrat, und die mit allen genauen Erfahrungen im langen Organisationsleben der deutschen Arbeiterschaft bekannt ist und mit diesen realen ungeheuren Schwierigkeiten zu rechnen weiß.

Die andere Strömung, vom Genossen Maslow repräsentiert, verkörperte das stimmungshafte Ablehnen jeder Koalition mit der verräterischen Sozialdemokratie, die tatsächlich an der Stagnation und sogar dem politischen Rückgang der deutschen Arbeiterklasse schuld ist. Diese letztere Auffassung hat ihre sehr berechtigten Gründe und ist in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft vorhanden.

Die aktiv politischen revolutionären deutschen Arbeiter jedoch sehen seit Jahren ein, daß eine Negation der Schwierigkeiten, sei sie aus noch so berechtigtem Haß und Mißtrauen geboren, diese Schwierigkeiten nicht aus dem Wege zu schaffen vermag.

Deshalb hat in der deutschen Partei die Taktik der Einheitsfront längst gesiegt.

Die Arbeiter-Regierung ist nur ein Teil der Einheitsfronttaktik. Genau so wie die gesamten Tageslosungen der KPD. seit Jahren an die konkreten Nöte der arbeitenden Masse anknüpfen. Mögen diese Losungen heißen: Parlamentswahlen, Lohnkämpfe, Teuerung, Wohnungsnot, Erfassung der Sachwerte oder Kontrollausschüsse.

Die starre Auffassung, nach der ein Verrat einer Partei nicht auf jeweils gegebenen ökonomischen und politischen Ursachen beruht und somit historisch bedingt ist, hat der Parteitag abgelehnt, und nach reiflicher Prüfung und immer erneuerter Diskussion sich in dem Entschluß geeinigt, da zu kämpfen, wo es uns zunächst unsere Gegner und sogar die Konterrevolution vorschreiben.

Es gibt, wie Koenen in der Debatte sagte, kein demokratisches häusliches Einrichten für Kommunisten in der Arbeiter-Regierung, sondern auf dem vulkanischen Boden der jetzigen Umwälzungsepoche nur durch die Arbeiter-Regierung erneuten Kampf.

•

Diskussion über die Taktik der Einheitsfront und Arbeiter-Regierung

Ruth Fischer: **Ich vertrete hier nicht bloß meine Meinung,** sondern auch die Meinung der russischen Genossen und weise darauf hin, daß Sinowjew mit seinem Wort von dem Pseudonym über die Arbeiter-Regierung genau dieselbe Furcht vor der Verwässerung unserer Grundsätze aussprechen wollte. Die Befürworter der Arbeiter-Regierung halten dies Wort für unschuldiger und sanfter als Diktatur des Proletariats. Wir werden durchaus nicht sofort die Diktatur des Proletariats haben. Aber wir müssen um die gefährliche Eventualität der Arbeiter-Regierung herumkommen.

Koenen (Berlin): Maslow hat drei Motive angegeben, weshalb er nicht für die Arbeiter-Regierung sein kann: erstens hält er die Arbeiter-Regierung vor der Diktatur für ausgeschlossen. Denn in der Defensive dürfe man keine Arbeiter-Regierung machen, und wir seien in der Defensive. Zweitens, die SPD. könne nicht kämpfen. Das ist hergesucht und ein Totschlagen der Parole. Wir sagen gar nicht, daß die SPD. im ganzen kämpft, sondern wir sind für die Ablösung der Führer von der Masse und wir haben praktisch im Kapp-Putsch erlebt, daß dies im Laufe des Kampfes eintritt. Die Arbeiter werden kämpfen. Drittens will er zunächst die Frage geklärt haben, ob Spitzenverhandlungen oder Abwehrfront von unten auf. Man kann aber die Abwehrfront von unten auf nicht organisieren, ohne vorher die Spitzen vor den Massen entlarvt zu haben. Die Parole der Arbeiter-Regierung, gestützt auf Betriebsräte und Kontrollausschüsse, ist die Tageslosung der Kommunistischen Partei. Sie kann ein Stützpunkt sein für weitere Kämpfe. Demokratisch häuslich einrichten kann sie sich nicht. Die Arbeiter-Regierung muß die Arbeiterschaft in Kämpfe führen. In Sachsen ist die Arbeiterschaft und Maslow durch Lipinski vor die Frage gestellt, was zur Abwehr gegen die Offensive der Bourgeoisie geschehen soll. Hier geht wahrhaftig das Proletariat durch die Defensive in die Offensive.

Ulbrich (Thüringen): Ruth Fischer hat falsch zitiert, wenn sie Sinowjew als einen Kronzeugen für ihre Auffassung anführte. Sinowjew hat vier Arten von Arbeiter-Regierung unterschieden. Ferner will sie Radek für sich reklamieren. Wir sind ja vollkommen einverstanden, daß die Arbeiter-Regierung der Ausgangspunkt für weitere Kämpfe sein wird. Aber die Genossin Ruth Fischer will nur handeln, wenn wir nach ihrer Meinung unmittelbar vor dem Kampfe um die Uebernahme der Macht stehen.

Thälmann (Hamburg): Koenen hat die parlamentarische Möglichkeit der Arbeiter-Regierung entwickelt. Jeder Kommunist muß in den Betrieben zeigen, daß wir über die Grenzen des Gesetzlichen hinauszugehen verstehen. In der jetzigen Situation der Ruhrbesetzung können wir sehr wohl auf eine Zersetzung der französischen Armee rechnen. Daraufhin deuten die Lothringer Desertionen, ferner die Strafandrohung von zehn Jahren Zuchthaus für den Verkauf von Kleidern. Wir müssen die Neutralisierung der Kleinbürger durchführen, die Zertrümmerung der SPD. betreiben, die Durchseuchung der Sipo bewerkstelligen. Die Arbeiter-Regierung kann ein Etappenziel sein. Aber Vorbedingungen müssen gegeben sein. Der Diktatur der Bourgeoisie muß man die Diktatur der Arbeiterklasse entgegensetzen.

Der Genosse Böttcher verliest ein Begrüßungstelegramm der Zentrale der KP. Polens, die infolge ihrer Illegalität verhindert ist, einen Vertreter zum Parteitag zu entsenden.

Der Vorsitzende bekundet die Erwiderung der übermittelten Grüße und der Einigkeit in der bekundeten Solidarität.

Korsch (Jena): Eins der Probleme, die gestellt werden, ist das der Bewaffnung des Proletariats. Wir betrachten die Bewaffnung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationale als Aufgabe einer Arbeiter-Regierung. Von der anderen Seite wird sie als Voraussetzung gefordert. Für sie ist die Parole Arbeiter-Regierung lediglich eine Sache der Propaganda. Wenn die anderen von der Einheitsfront reden, meinen sie die Kampffront allein mit der KPD. Wir wollen wirkliche Bewegung, die nach Marx mehr ist als viele Programme. Wir müssen anknüpfen an die Illusionen der uns noch fernstehenden Arbeiter. Karl Marx sagt im Manifest, das Proletariat beginnt mit seiner Existenz den Klassenkampf, aber wir müssen den Kampf klarmachen. Alles, was die Maslow wollen, ist darauf gerichtet, in Konventikeln sich gegenseitig zu erleuchten, nicht darauf, die Massen in den Kampf zu führen.

Fünfter Verhandlungstag

(Vormittagssitzung)

Den Vorsitz übernimmt Genosse Böttcher.

Zur Tagesordnung steht die Fortsetzung der Diskussion über Arbeiter-Regierung und Einheitsfront. Zunächst erhält Genosse Stolzenburg das Wort zu einer Mitteilung. Er gibt bekannt, daß nach den Tageszeitungen in Oberschlesien eine große Grubenexplosion stattfand. Sie forderte bisher 60 Tote. Ungefähr 600 Bergleute sind noch in der Grube eingeschlossen. Genossinnen und Genossen! Wir sprechen den Hinterbliebenen unser tiefstes Beileid aus und geben unserer Ueberzeugung Ausdruck, daß wir alle Kraft anstrengen müssen, um diesem System, das immer noch die Veranlassung ist zu derartigen furchtbaren Unglücken, ein Ende zu machen.

Die Delegierten erheben sich zu Ehren der Verunglückten von den Plätzen.

Als erster Redner zur Tagesordnung spricht Plenge (Solingen). Er wendet sich hauptsächlich gegen die Auffassungen der Genossin Ruth Fischer und des Genossen Maslow.

Schreiner (Stuttgart): Die größte Gefahr für die Einheitsfront ist die bewußte Gegnerschaft, weit gefährlicher wie das Nichtverstehen, die unbewußte Gegnerschaft. Der Redner polemisiert ebenfalls gegen Auffassungen des Genossen Maslow.

Gohr (Hannover) erklärt, daß nach seiner Meinung hinter der Frage der Arbeiter-Regierung die Frage des demokratischen Parlamentarismus steckt.

Ernst Meyer: Wir können dem sächsischen Innenminister Lipinski eigentlich dankbar sein, daß er uns durch sein Verhalten die Gelegenheit gab, die Frage der Arbeiter-Regierung praktisch zu erläutern. Der Genosse Böttcher hat hier eingehend nachgewiesen, daß unserer Partei in der jetzigen Situation keine andere Parole bleibt, als der Koalitionspolitik gegenüberzustellen unsere Parole der Arbeiter-Regierung. Nicht unbeträchtliche Teile selbst der Bürgerlichen geben das heute zu. Aber was sollen wir nun an die Stelle der bürgerlichen Regierung setzen? Die nackte Forderung der Diktatur des Proletariats heute als Parole zu erheben, ist noch nicht möglich. Wenn wir die Diktatur also nicht als Tagesforderung auftreten können, dann müssen wir doch etwas anderes an ihre Stelle setzen. Und da ergibt sich als selbstverständliche Forderung eine rein proletarische Klassenpolitik, eine rein proletarische Regierung. Gohr sagt, die Arbeiter-Regierung ist die Frage des demokratischen Parlamentarismus. Nach meiner Meinung trifft das nicht zu, sondern hinter der Arbeiter-Regierung steht das Gespenst des Bürgerkrieges. Auch nur der Versuch, die Arbeiter-Regierung durchzusetzen, bedeutet in Deutschland den offenen Bürgerkrieg.

Schlußwort Maslow

Ich werde mich kurz fassen, weil die Diskussion innerhalb unserer Partei über die Fragen der Einheitsfronttaktik und der Arbeiter-Regierung noch nicht soweit gediehen ist, daß ein abschließendes Schlußwort möglich wäre.

Ueber die Frage der Beteiligung an einer Arbeiter-Regierung bestehen keine Differenzen; verschiedene Auffassungen bestehen nur darüber, was wir mit der Arbeiter-Regierung wollen. Wir von der Linken wollen die Machtfrage in vollem Umfang aufrollen. Wenn Genosse Meyer sagt: die Arbeiter-Regierung bedeutet den Bürgerkrieg — so ist das ein Gegensatz zu der Ausdrucksweise der Resolution der Zentrale, in der es heißt, der Eintritt in die Arbeiter-Regierung von seiten der SPD. sei eine Konzession der reformistischen Führer an den Kampfwillen der Arbeiterschaft.

Niemand von uns traut den Genossen, die für Beteiligung an der Arbeiter-Regierung eintreten, Ministerstreberei zu. Das sind SPD.-Argumente. Unter uns gibt es keine Gegner, die Feinde sind; wir sind alle Kommunisten. Wogegen wir uns wenden, das ist die Tendenz der Rechten, taktische Fragen zu Programmpunkten zu machen. Der ideologische Kampf um die Klärung der Prinzipienfragen muß fortgesetzt werden, auch nach Beendigung des Parteitages, aber unsere Aktionen werden einheitlich sein.

Die politische Situation ist ernster als seit Jahren. Wir werden sie durchkämpfen als einheitliche Partei in jeder Hinsicht. Die KPD. darf nicht, sie wird nicht versagen. Wir werden uns die Arbeiter-Regierung erkämpfen und nicht länger über sie schwadronieren.

Schlußwort Brandler

Für uns gilt es, die Lösung der konkreten politischen Fragen zu finden und dann Schluß zu machen mit der Diskussion. Die Entscheidungen des Parteitages müssen mit aller Kraft durchgeführt werden, die Diskussion muß dann schweigen.

Wenn ich auf das Korreferat des Genossen Maslow eingehen soll, so muß ich erklären, daß es äußerst schwach war, gemessen an dem Aufwand von Kraft, mit dem vor dem Parteitag von dieser Seite die Meinungsverschiedenheiten herausgekehrt wurden. Diese Kraft und diese Zeit hätten fruchtbringender für die Bewegung angewandt werden können.

Wenn Genosse Maslow sich gegen meine Bemerkungen in der Form wendet, als sei es eine Neuauflage der alten sozialdemokratischen Intellektuellen- und Ausländerhetze, so ist das doch etwas unbeschieden. Es sind nicht wir, die die „schwielige Faust" gegen die „Bonzen" ausspielen.

Wenn wir unsere Ziele beim Kampf um die Arbeiter-Regierung in der Weise formulieren wollten, wie es der Genosse Maslow will, so hieße das die Taktik der Einheitsfront unmöglich machen. Wir müssen bei unseren Kämpfen anknüpfen an die Ideologien, die wir vorfinden. **Es ist ein gefährlicher Satz, wenn Genosse Maslow sagt: „Wir müssen auch dann kämpfen, wenn es aussichtslos ist."** Vor der Oeffentlichkeit des Parteitages muß eine solche unverantwortliche Aeußerung in aller Form zurückgewiesen werden.

Wenn die Linke immer noch den Gegensatz zwischen Offensive und Defensive herauskehrt, dann hätte sie den Mut aufbringen müssen, zu erklären, daß wir in der jetzigen Situation, die unstreitig noch defensiv ist, von der Bildung der Arbeiter-Regierung Abstand nehmen müssen. Würden wir den Kampf lediglich unter „Entlarvungsparolen" führen, so würde uns die Arbeiterschaft nicht ernst nehmen, und das wäre das größte Hemmnis für unseren Kampf.

Trotz aller Verdächtigungen der Linken müssen wir

die Organe des bürgerlichen Staates ausnutzen.

Wie das zu geschehen hat, das läßt sich im einzelnen nicht festlegen; aber in einer Republik ohne Republikaner, in einer Demokratie ohne Demokraten, wie wir sie haben, müssen wir das tun, was die Demokraten nicht tun. Es wäre unpolitisch, wenn wir unsere Bewegungsfreiheit in dieser Richtung binden wollten. Wenn wir noch nicht so stark sind, das bürgerliche Parlament zu zerschlagen, und wenn die Bourgeoisie nicht mehr stark genug ist, unsere proletarischen Kampforgane zu zerschlagen, dann kann eventuell die gegebene Verfassung zum Ausgangspunkt des Kampfes werden. Das ist keine Frage der Moral, das ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Wir leben nicht im luftleeren Raum, die Tatsachen erzwingen sich ihre Anerkennung. Noch heute gilt das, was Lassalle vor 80 Jahren gesagt hat, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Wir haben keine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230202-17/fragment/page=0002

Möglichkeit, uns anderswohin zu stellen, als dahin, wohin uns die Verhältnisse zwingen.

Wenn ich nun noch auf das Schlußwort des Genossen Moslow eingehen soll, so will ich ihn doch daran erinnern, daß es uns vorübergehend, da, wo unsere Organisationen stark sind, z. B. in Rheinland-Westfalen, möglich war, die Führer der SPD. zum Kampf zu zwingen.

Die politische Situation spitzt sich von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde zu.

Da muß die KPD. aus dem Parteitag gestärkt und gekräftigt hervorgehen. Sie muß die revolutionäre Perspektive mitnehmen sowohl für die nächsten Wochen, wie auf längere Sicht. Darüber ist kein Zweifel möglich: **Nur durch die Niederwerfung der eigenen Bourgeoisie können wir den Kampf gegen die Ruhrbesetzung führen!** Und die erste Etappe hierzu bildet die Arbeiter-Regierung.

Die Lasten des Zusammenbruchs müssen abgewälzt werden auf die Bourgeoisie.

Für uns gibt es nur eine Form der Abwehr: **die revolutionäre Abwehr durch einen revolutionären Krieg,** wie sie Rosa Luxemburg in der Juniusbroschüre gefordert hat. Erst nach der Niederwerfung der eigenen Bourgeoisie durch die organisierte Arbeiterklasse ist die Verteidigung gegen den Landesfeind möglich. Dann werden wir eine ganz andere Kraft gegenüber dem französischen Imperialismus aufbringen, als jede bürgerliche Regierung. Ich erinnere an die Meuterung der französischen Matrosen in der Schwarzen-Meer-Flotte, an die Dienstverweigerung der englischen und amerikanischen Soldaten in Archangelsk. Erst gegen ein

Sowjet-Deutschland

werden die französischen Soldaten nicht mehr zu kämpfen bereit sein. Unsere Anknüpfung an die Tagesnöte muß verbunden werden mit der großen weltgeschichtlichen Perspektive.

Mit uns ist die Geschichte! Unser Weg geht aufwärts! Gemeinsam, als geschlossene Partei, werden wir kämpfen für die Ziele des Proletariats, für die Ziele der Weltrevolution! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Böttcher: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die zur Frage Einheitsfront und Arbeiter-Regierung vorliegenden Anträge. Als solche liegen vor einer von Berlin-Brandenburg und die Resolution der Zentrale. Zunächst stimmen wir ab über die Leitsätze der Zentrale, über die Einheitsfronttaktik.

Die Abstimmung ergibt dann ein Dafür von 118 Stimmen und 59 Stimmen dagegen. Durch diese Abstimmung sind gleichzeitig erledigt die Anträge 34 und der des Bezirks Berlin-Brandenburg.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen durch den Genossen Böttcher erhalt dann zum vierten Tagesordnungspunkt:

Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten und unser Kommunalprogramm

der Genosse Katz das Wort:

Genossinnen und Genossen! Wir befinden uns nicht in einer offenen revolutionären Zeit, sondern in einer Zeit der Kräftesammlung. Wir müssen alles tun, um durch Anknüpfung an die Tagesnöte an die Massen heranzukommen. Bei diesem Bestreben ist eines der wichtigsten Kampfmittel die Gemeindepolitik. Das, was in jeder Gemeinde geschieht, ist der Bevölkerung viel verständlicher als das, was z. B. im Reichstage über Maßnahmen und Gesetze beraten und beschlossen wird. Ein Beispiel: Bei den Beratungen zum Reichsmietengesetz im Reichstage blieben die großen Massen fast teilnahmslos. Aber in dem Augenblick, wo es in den Gemeinden heißt: Ihr müßt 700 Mark oder 1000 Mark mehr Miete oder Bauzuschüsse zahlen, werden die Massen lebendig. So ist es auch mit unserer Forderung Säuberung der Verwaltung von reaktionären Elementen. Im Reichsmaßstabe bleibt diese Parole ohne große Wirkung. Wenn es aber in einer Gemeinde heißt: dieser oder jener Bürgermeister oder dieser oder jener Polizeidirektor muß verschwinden, weil er auf die Arbeiter hat schießen lassen, dann werden diese Parolen in der gesamten Bevölkerung lebhaften Widerhall.

Welche Rolle spielt nun die Kommune im kapitalistischen Staat? Sie ist ausführendes Organ, eine Zelle, aber auch auf der anderen Seite ein selbständiges Wirtschaftsgebiet. Als Teil des kapitalistischen Staates wird auch die kapitalistische Kommune zusammentreten müssen. Schon sehen wir diesen Zusammenbruch überall. Neue Wohnungen werden nicht mehr gebaut, die alten verfallen immer mehr. Krankenhäuser gehen ein, Aerzte werden entlassen, Schulen legt man zusammen, die Lehrer werden ebenfalls entlassen. Die Sozialrentner können nicht mehr genügend über Wasser gehalten werden und verzweifeln. Viele Gemeinden sind tatsächlich jetzt schon bankrott. Es ist aussichtslos, noch eine gesunde Gemeindepolitik treiben zu können. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die erbeitenden Massen von dem Zusammenbruch nicht so schwer betroffen werden. Wir müssen die Widerstände dazu benutzen, die Illusionen der Massen über den „demokratischen" Staat zu zerstören.

Das vorgelegte Programm enthält zwei wichtige Fragen: Wohnungsfragen und Ernährung; weitere Programme sollen noch folgen. Damit bekommen unsere Genossen einen propagandistischen Untergrund. Grundsätzlich ist zu beachten bei allen unseren Forderungen: 1. Alles zugunsten des Proletariats ohne Rücksicht auf die Nöte der Bourgeoisie. 2. Belastung der Bourgeoisie mit allen Steuern. Wo es nicht möglich ist, z. B. in ausgesprochenen Arbeitergemeinden, da muß mindestens differenziert werden nach der Kinderzahl. Mit solcher praktischen Arbeit stärken wir den Einfluß der KPD.

(Die Mittagspause unterbricht das Referat.)

Nachmittagssitzung

Bei der Wahl der Zentrale wurden die 21 Mitglieder nach den Vorschlägen der Zentrale gewählt.

Hierauf ergreift Genosse Katz das Wort zur Fortsetzung seines Referats über die kommunistische Kommunalpolitik: Zu den größten Fehlern, die auf dem Gebiet der Kommunalpolitik begangen werden, gehört es, wenn die Abgaben und Gebühren entweder demokratisch umgelegt oder mechanisch gestaffelt werden. **Wir müssen rücksichtslos alle Lasten auf die Besitzenden abwälzen.** Die Gemeinden, in denen wir Kommunisten allein oder gemeinsam mit der MSPD. die Mehrheit haben, sind allerdings meistens ohne Besitzende. Da müssen wir nach dem Einkommen und der Kinderzahl staffeln.

Die Wohnungsfrage wird nicht dadurch gelöst, daß wir 20 oder 30 neue Wohnungen herstellen, wir müssen den Gegensatz aufheben, der zwischen den Prunkpalästen der Bourgeoisie und den Höhlen besteht, in denen das Proletariat haust.

Die Mieterorganisationen sind von der größten Bedeutung für die kommunistische Gemeindepolitik. Nicht was in bezug auf die Mieterorganisationen gesetzlich auf dem Papier steht, ist maßgebend, sondern das, was die Mieter daraus machen. Die Mieterräte können von außerordentlicher agitatorischer Bedeutung werden, insbesondere auch in illegalen Zeiten. Unsere französischen Genossen haben auf diesem Gebiete Vorbildliches geleistet.

In bezug auf das **Gesundheitswesen** müssen wir die Klassenpolitik in der Krankenpflege aufheben. Wir fordern Krankenhäuser, die die Schwangeren-Versorgung, die Säuglings-Versorgung, die Lebensmittel-Versorgung in die Hand nehmen müssen. Wichtigste Mitarbeit müssen dabei die

Hausfrauenräte

leisten, die zu einem mächtigen Hebel zur Aktivisierung der Massen werden müssen. Unsere nächsten Forderungen sind:

1. Sofortige Inangriffnahme produktiver Arbeiten zur Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

2. Gemeindliche Erhöhung der Armen-, Erwerbslosen-, Kriegsopfer- und Sozialrentner-Unterstützungen auf das vom zuständigen Statistischen Amt errechnete Existenzminimum.

3. Staffelung aller gemeindlichen Steuern, Abgaben, Gebühren, Mieten, Pachten, Schulgelder, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise nach Einkommen und Kinderzahl unter schärfster Heranziehung der Besitzenden

4. Umquartierung der kinderreichen Proletarierfamilien in die Großwohnungen der Bourgeoisie und der bourgeoisen Kleinfamilien in die bisherigen Kleinwohnungen und Wohnhöhlen des Proletariats.

5. Sofortige Einrichtung von Volksspeisungen, unentgeltliche Abgabe von Milch, Nahrungsmitteln und Wäsche für Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge des Proletariats. Uebernahme aller Entbindungskosten für Proletarierinnen auf die Gemeinde; unentgeltliche Ernährung, Kleidung; Schulgeld-, Lern- und Lehrmittelfreiheit für alle Schulkinder des Proletariats. Abgabe verbilligter Lebens-, Bekleidungs- und Heizmittel an Erwerbslose, Kriegsopfer, Sozialrentner und an die übrigen Opfer des Kapitalismus. Gemeindliche Lebensmittelversorgung in Verbindung mit den Konsumvereinen, gemeindliche Monopolisierung des Holz- und Kohlenhandels.

6. Sofortige Freigabe der Brennholzsammlung in gemeindlichen Forsten an die proletarischen Familien. Einstellung aller gemeindlichen Auktionen von Brennmaterialien, von Obst usw.

7. Sofortige Schaffung von Wärmehallen und Obdachlosen-Asylen für den Winter.

8. Sofortige Einführung unentgeltlicher Totenbestattung für alle Angehörigen des Proletariats.

Diese Forderungen haben wir in großen Teilen Deutschlands erhoben und teilweise in die Praxis umgesetzt. Die Geldfrage darf für uns Kommunisten unter keinen Umständen eine Beschränkung unserer Aktion in den Gemeinden abgeben. Gesetzliche Beschränkungen dürfen für uns nicht maßgebend sein.

Die Beteiligung an der Gemeindepolitik ist für uns auch wichtig, weil sie die Möglichkeit bietet, möglichst viele Arbeiter und Arbeiterfrauen in der Verwaltung zu schulen und mit der Technik der Verwaltungsaufgaben vertraut zu machen. Doch ist das eine Nebenaufgabe. Unsere Hauptaufgabe bleibt, durch unser Verhalten in den Gemeindeparlamenten unsere Verbindung mit den proletarischen Massen zu festigen und zu steigern und sie heranzuholen für die kommenden Kämpfe. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten ist die bewußte Sabotage des kapitalistischen Staates; wir müssen ihn von innen heraus zersetzen und vernichten, sonst ist der Zweck unserer Beteiligung an der Gemeindepolitik verfehlt. So aber kann sie mit zur wichtigsten Aufgabe der Kommunistischen Partei werden. (Starker Beifall.)

Infolge der vorgerückten Zeit wird davon abgesehen, in eine Diskussion über die Ausführungen des Genossen Katz einzutreten.

Der Schluß des Parteitags

Vor dem Schlußwort des Genossen Böttcher wurden verschiedene Resolutionen angenommen.

In seinem Schlußwort wies Genosse Böttcher darauf hin, daß die Partei nach dem Parteitage in eine verschärfte politische Situation komme. Die französische Regierung habe der deutschen eine Note überreicht, nach der ab 1. Februar keine Kohle und kein Koks mehr aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Deutschland hineinkomme. Das bedeutet eine weitere Verschärfung der Not des Proletariats. Die deutschen Kapitalisten wünschen eine solche Verschärfung. Seit Beginn des Parteitages ist der Dollar von 23 000 auf 43 000 emporgeschnellt. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Lausanner Konferenz vor dem Auffliegen steht. Die Konflikte innen- und außenpolitisch verschärfen sich von Tag zu Tag. Deutschland erhebt der Faszismus sein Haupt. Der Parteitag darf nicht auseinandergehen ohne den Schwur, **daß die Kommunisten im Kampf gegen die Faszisten in der ersten Feuerlinie stehen werden.** (Stürmischer Beifall des Parteitages.)

Dem tapferen französischen Proletariat versichern wir unsere Sympathie und Waffenbrüderschaft. Wir werden mit ihm in einer Klassenfront kämpfen. Die Sowjetrepublik Rußland steht leuchtend auf dem Wege des revolutionären Proletariats. Sowjet-Rußland ist ein Garant für den Sieg des Proletariats. Sowjet-Rußland grüßen wir. Wir grüßen die Rote Armee. Wir geloben, mit Sowjet-Rußland eine eiserne Phalanx zu schließen zum Kampfe gegen die Weltbourgeoisie.

Es lebe Sowjet-Rußland!
Es lebe die russische Partei!
Es lebe die 3. Internationale!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall des Parteitages.) Mit dem Absingen der „Internationale" ist die Tagung geschlossen.

*

Die neue Zentrale der Partei

Bei der Wahl der Zentrale wurden die von der Zentrale und den Bezirken Halle-Merseburg, Thüringen, Vogtland, Ost- und Westsachsen, Württemberg, Rheinland (Süd), Niedersachsen und Baden vorgeschlagenen 21 Genossen gewählt. Es erhielten Stimmen: Becker, Karl, 107; Böttcher, Paul, 161; Brandler, Heinrich 166; Ewert, Artur, 163; Eberlein, Hugo, 73; Fröhlich, Paul, 169; Heckert, Fritz, 165; Hörnle, Edwin, 168; Klein, August, 136, Koenen, Wilhelm, 163; Lindau, Rudolf, 195; Pfeiffer, Hans, 192; Pieck, Wilhelm, 153; Remmele, Hermann, 164; Schmidt, Felix, 156; Schumann, Georg, 130; Stöcker, Walter, 147; Thalheimer, Aug., 163; Ulbricht, Walter, 112; Walcher, Jacob, 164; Zetkin, Clara, 174.

Außerdem erhielten Stimmen vom Wahlvorschlag Berlin-Brandenburg, Wasserkante, Hessen-Frankfurt und Mittelrhein: Fischer, Ruth, 84; Geschke, O., 80; Katz, Iwan, 87; König, Georg, 74; vom Einzelvorschlag Ostpreußen: Ernst Meyer 61 Stimmen. Als Leiterin des Frauen-Reichssekretariats wurde Genossin Braunthal mit 141 Stimmen gewählt. In die Revisionskommission wurden die fünf vorgeschlagenen Genossen Alfred Günther (Berlin), Albert Calam (Jena), Max Vettermann (Chemnitz) Artur Sämisch (Halle) und Hans Gittel (Stuttgart) gewählt.

*

Sympathiekundgebung für die indischen Proletarier

Der Parteitag nahm am Dienstag folgende Resolution an:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands sendet den werktätigen Massen Indiens, die sich von der Herrschaft des britischen Imperialismus zu befreien trachten, ihre Grüße und versichert sie ihrer Sympathie und Unterstützung in diesem Kampfe.

Im Bewußtsein der Tatsache, daß der Imperialismus, der Europa in ein Trümmerfeld verwandelte, und gegenwärtig versucht, sich aus diesem Ruin zu retten, indem er das Proletariat in das tiefste Elend der endlosen Lohnsklaverei stürzt, in brutaler Weise die Massen der Kolonialsklaven auszubeuten, beschließt die Kommunistische Partei Deutschlands, mit allen Mitteln den nationalen Kampf in Indien sowie in anderen unterdrückten Ländern zu unterstützen.

Die bürgerliche Heuchelei des „Selbstbestimmungsrechts" schuf eine Anzahl von Vasallenstaaten in Europa, ließ aber die Hunderte Millionen in den asiatischen Ländern unberührt. Die deutschen und die österreichischen Länder wurden zerstückelt, um den französischen und englischen Imperialismus zu stärken. Hätte der Krieg einen anderen Ausgang genommen, so wäre das Schicksal der unterdrückten Völker auch nicht anders gewesen. Dann wären die Kolonialpläne der Alldeutschen verwirklicht worden, und die Lage der asiatischen Völker hätte sich nicht geändert. Dieser imperialistische Schacher mit den Kolonien wird erst ein Ende nehmen, sobald der Kapitalismus durch die internationale Aktion des Weltproletariats einschließlich der werktätigen Massen der Kolonialländer zertrümmert wird.

Die KPD. erklärt ihren festen Entschluß, gegen die imperialistische Kolonialpolitik, von wem sie auch ausgeht und unter welchem Vorwand sie betrieben wird, unermüdlich zu kämpfen und dadurch den unterdrückten Völkern zu helfen, ihre nationale Unabhängigkeit zu erlangen. Der bürgerliche Liberalismus ist der Handlanger der imperialistischen Räuber, während der Kommunismus sich für die vollständige Unabhängigkeit aller nationalen Einheiten einsetzt."

Die Annahme erfolgte einstimmig.

Ein Brief aus Lichtenburg

Unter starken Kundgebungen des Parteitages nahm er nachstehenden Brief zur Kenntnis:

An den Parteitag der KPD. in Leipzig.

Werte Genossen!

In Anbetracht der jetzigen kritischen politischen Lage sind wir hier in den Strafanstalten aller Willkür der Beamten ausgesetzt, und man will uns fühlen lassen, was man Euch in der Freiheit nicht antun kann. Auf Grund dessen richten wir die Bitte an Euch, nach Kräften dafür einzutreten, daß unser Los erleichtert werde, um jenen Herren zu beweisen, daß wir doch noch politische Gefangene sind und auf die Unterstützung unserer Partei rechnen können. Diese Herren wollen die politischen Motive unserer Handlungen abschwächen, um uns schlechter behandeln zu können und wie Verbrecher hinzustellen. Bei der Einsetzung des Amnestieausschusses wurde uns durch den stellvertretenden Direktor erlaubt, Kopf und Barthaar nach Belieben zu tragen. Nach Antritt des jetzigen Direktors erfuhren wir, daß jener Herr, mit ganz alldeutscher Hauptmannsdisziplin, eine neue Musteranstalt aus hiesiger Strafanstalt machen will. Täglich haben wir durch seine Unteroffiziere (die Strafanstaltsbeamten) neue Schikanen zu ertragen. Ihr könnt Euch nicht denken, was wir jetzt, da wir als gemeine Verbrecher betrachtet werden, zu erdulden haben. Wir müssen annehmen, daß auch Ihr uns wohl vergessen habt, sonst könnte man uns nicht mit einer solchen Dreistigkeit schikanieren, wie z. B.:

1. Nach der Predigt des Strafanstaltsgeistlichen am 14. Januar 1923, in welcher er zur Einigkeit und zum Widerstand gegen die Entente aufforderte (Thema 1813) und in der darauffolgenden AO.-Konferenz am 15. Januar 1923 wurden wir schon ganz energisch von seiten der Beamten darauf hingewiesen, daß wir Zuchthausgefangene seien und uns der Hausordnung zu fügen hätten. Soviel uns bekannt ist, können die Genossen in den anderen Strafanstalten Haupt- und Barthaar tragen. Am 16. Januar 1923 wurde uns aber erklärt, daß wir laut Anordnung unser Haupt- und Barthaar zu scheren hätten.

2. Hier wird ein neuer Empfangssalon in Form eines Käfigs gebaut, welcher dazu dienen soll, den Gefangenen bei Besuch von seinen Angehörigen isoliert zu halten. Wie ist es möglich, daß in anderen Strafanstalten derartige Betriebseinrichtungen entfernt werden und bei uns nicht, im Gegenteil: erst eingerichtet werden?

3. Seit einiger Zeit befindet sich hier einer der Scheidemann-Attentäter. Es scheint unglaublich, wenn man hört, was für Vorzüge dieses Herrchen genießt, so hat er u. a. seine Freistunde getrennt von allen anderen Gefangenen. Er wird bei Vorführungen besonders vorgeführt; er braucht nicht — wie wir — im kalten Flur zu stehen und zu warten, bis es einem jener Herren von der Direktion gefällig ist, sondern diesem Herrn gegenüber wird eine förmliche Unterwürfigkeit zur Schau getragen, uns hingegen aber die Zügel immer straffer gezogen, besonders aber erst seit einigen Wochen.

Wir rufen Euch daher in unserer Bedrängnis und unserem Elend um Hilfe an, und hoffen, daß Ihr bald für Abstellung dieser Mißstände Sorge tragen werdet.

Mit kommunistischem Gruß

zeichnen die inhaftierten Genossen von Lichtenburg.

Nach der Verlesung erhoben sich die Delegierten von den Plätzen. Der Vorsitzende konstatierte das als Ausdruck der Ehrenerklärung für die Gefangenen und als Ausdruck des Willens, mit allem Nachdruck für ihre Freilassung tätig zu sein.

„Die Justiz, die stärkste Stütze der Republik"

Der **Haushaltausschuß** des Preußischen Landtages beriet an drei Tagen dieser Woche den Etat der **Justizverwaltung.** Der Zentrumsabgeordnete Riehl erklärte, aus der ruhigen Kritik der Sozialdemokratie bei der Justizdebatte ginge hervor, **daß man auch auf ihrer Seite die Justiz als die stärkste Stütze der Republik anerkenne.**

Die bürgerlichen Redner fanden an der politischen Strafjustiz nichts auszusetzen.

Genosse Kilian

unterzog die Sabotage der Rechtsform durch Preußen und sein Justizministerium scharfer Kritik. Die Justiz nehme auf den sozialen Notstand breiter Massen keinerlei Rücksicht. Weder greife sie zu ihrem Schutz durch die Wuchergerichte genügend ein, noch wende man gegen Notvergehen die Gefängnisstrafe und die Straffreiheit an. Die **Amnestieausschüsse arbeiten viel zu langsam.** Wenn die Staatsanwälte durch Zurückhaltung der Akten weiter sabotierten, würden die revolutionären Kämpfer, die unschuldig im Gefängnis sitzen, noch jahrelang sitzen müssen. **Zweimal hätte das hallische Schwurgericht Arbeitermörder aus der Schupo freigesprochen,** obzwar sie schwer belastet gewesen seien. Eine besondere Instanz zur Nachprüfung von Militärgerichtsverfahren sei dringend nötig, da ein gewisser **Artur Zimmermann seit Anfang 1919 in Untersuchung wegen Kriegsverrats sitze!** Eine Reihe überaus milder Urteile gegen Verbrecher aus besitzenden Kreisen stellt der Genosse Kilian die drakonische Rachejustiz an revolutionären Kämpfern und hungernden Proletariern gegenüber. Aus dem großen Prozentsatz von Freisprüchen bei den preußischen Gerichten schloß unser Redner auf die **Leichtfertigkeit staatsanwaltlicher Anklagen gegen Arbeiter** — wie im Falle der „Rädelsführer" vom Zirkus Busch — erwiesen werde. Die gleichzeitige Ansetzung vieler Sachen auf eine Terminstunde bei den Berliner Gerichten sei bei den großen wirtschaftlichen Verlusten für die arbeitende Bevölkerung ein Skandal. Ebenso die Verabredung der Berliner Schöffenrichter, entgegen der Reichsverfassung grundsätzlich nur in religiöser Form zu vereidigen. Die Aufhebung der §§ 218/219 StrGB. müsse beim Reiche nachdrücklichst vertreten werden, ebenso die Reform des Ehescheidungsrechts.

Die Strafvollzugsreform kommt nicht vom Fleck. Es müsse energisch an die Herabminderung der Gefangenenzahlen gegangen werden, denn ihre Unterhaltung koste dem Staat viel Geld, die Arbeitsleistung ginge der Gesellschaft verloren, die Familien verelenden, die Kinder verwahrlosen, der ehemalige Gefangene würde gleich nach seiner Entlassung durch die soziale Not wieder zum Verbrecher.

Nach den Mitteilungen des Justizministers über den Stand der Gerichtsreform steht, entgegen dem Willen der Volksmehrheit und den Versprechungen des früheren sozialdemokratischen Reichsjustizministers,

statt einer stärkeren Heranziehung des Laienelements seine Zurückdrängung

in Aussicht. Das große Schöffengericht, **das die Strafkammer ersetzen soll,** will man aus formaljuristischen Gründen nicht mit zwei Richtern und drei Schöffen, sondern mit drei Richtern und zwei Schöffen besetzen. Das Schwurgericht soll wie bisher drei Richter haben, aber nur sechs Geschworene, also einen viel stärkeren Einfluß der Richter als seither.

Unsere Genossen hatten eine große Zahl von Anträgen gestellt, entsprechend den gemachten Ausführungen. Nicht ein einziger fand im Ausschuß die Mehrheit. Gegen die meisten waren auch die Sozialdemokraten, teils unter lächerlicher Ausrede. Sie stimmten nicht nur unseren Antrag auf Straffreiheit der Verurteilten aus §§ 218/219 nieder, sondern sogar jenen, der verlangt, daß die Stellen und Aufwendungen für Strafanstaltspfarrer im Etat gestrichen, die Stellen und Aufwendungen für Anstaltsärzte und Lehrkräfte entsprechend erhöht werden. „Der Antrag wäre zu unbestimmt", meinte der sozialdemokratische Redner, um die schmähliche Haltung seiner Partei selbst gegenüber diesem klaren, unzweideutigen Antrag der Kommunisten zu bemänteln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230202-17/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Leschenstraße 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Kurt Säuftch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Kommunistische Eisenbahner. Sonnabend, den 3. Februar, abends 8 Uhr, in der „Prod.-Genossensch." **Sitzung.** Vorstand und Vertrauensleute eine Stunde früher. An dieser Sitzung müssen auch alle kommunistisch. Transportarbeiter teilnehmen. Parteibuch mitbringen.

Metallarbeiter-Vertrauensleute und Betriebsobleute. Sonntag, 4. Febr., vorm. 1/2 10 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft". **Wichtige Sitzung.** Parteibuch und Mitgliedsbuch des DMV. vorzeigen.

Alle kommunistischen Kollegen der Firma Weiße & Monski treffen sich Montag, den 5. Februar, gleich nach Arbeitsschluß, in der Produktiv-Genossenschaft zu einer **wichtigen Besprechung.**

Distrikt 15. Sonnabend, 3. Februar, abends 8 Uhr: **Distriktsversammlung.** Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Referent: Gen. Karl Oertel.

Halle-Saalkreis.

Ammendorf u. Döllnitz. Sonntag, d. 4. Febr., nachm. 2 Uhr, im „Elstertal" in Ammendorf: **Gemeinsame Versammlung.** Bericht vom Parteitag.

Spickendorf-Hohenturm-Dammendorf. Sonnabend, 3. Febr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Jäntsch: **Gemeinsame Mitgliederversammlung.** Die Mitglieder aller drei Ortsgruppen müssen unbedingt erscheinen.

Lettin-Dölau-Piesdorf-Schiepzig-Büschdorf. Sonnabend, 3. Februar, abds. 8 Uhr, in Dorenbergs Lokal (Schiepzig): **Gemein. Mitgliederversammlung.** Alle Funktionäre müssen unbedingt zur Stelle sein.

Beuchlitz-Holleben-Schlettau. Sonnabend, 3. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Schubert in Beuchlitz: **Funktionärsitzung.** Sonntag, 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, im selben Lokal: **Generalversammlung.**

Löbejün. Sonnabend, 3. Febr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Adler: **Mitgliederversammlung.**

Nietleben. Sonntag, 4. Feb., vormitt. 10 Uhr, in der „Sonne": **Außerord. Funktionärsitzung.** Referent: Gen. Karl Oertel, Halle.

Teicha. Sonntag, 4. Februar, nachm. 4 Uhr, im Restaurant Gottschalk in Döbrit: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Karl Oertel, Halle.

Zörbig. Sonntag, 4. Febr., nachm. 3 Uhr, im Lokal Bolze: **Generalversammlung.** Jeder Genosse muß unbedingt erscheinen.

Delau. Sonntag, 4. Feb., nachm. 4 Uhr, im Gasthof Birk: **Außerordentliche Generalversammlung.**

Kreis Delitzsch.

Eilenburg. Sonnabend, den 3. Februar, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle": **Oeffentl. Volksversammlung.** Ref.: Landtagsabgeordneter Genosse Schulz (Neukölln). Thema: „Kampf gegen Poincaré und gegen Cuno".

Schladitz. Sonnabend, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Genosse Paul Koch (Merseburg) Thema: „Die Ruhrbesetzung und die Aufgaben der Arbeiterschaft".

Zschortau. Sonnabend, den 3. Febr., abends 1/2 8 Uhr, im Gasthof: **Generalversammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Greppin. Sonntag, den 4. Februar, nachm. 4 Uhr, im Gasthof Schmidt: **Mitgliederversammlung.**

Brehna. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung": **Mitgliederversammlung.** Ref.: Gen. Bormann (Halle).

Kreis Wittenberg.

Pretzsch a. d. E. Sonnabend, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Stern": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die Besetzung des Ruhrgebiets, Krieg od Revolution". Ref.: Gen. Otto Plättner (Wittenberg).

Kemberg. Sonnabend, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der „Weintraube". **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Gen. Hildebrandt, Wittenberg. Thema: „Besetzung des Ruhrgebietes, Krieg oder Revolution".

Pratzschwitz. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof Kratt: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die Besetzung des Ruhrgebiets. Krieg oder Revolution?" Referent: Genosse Otto Plättner (Wittenberg).

Bad Schmiedeberg. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Torgau.

Torgau. Sonntag, 4. Februar, vorm. 10 Uhr, in der „Waldschenke": **Kreiskonferenz.** Alle Ortsgruppen müssen unbedingt vertreten sein. Nachmittags 2 Uhr ist den Mitgliedern der Ortsgruppe Torgau Gelegenheit gegeben, den Bericht vom Parteitag zu hören.

Torgau. Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Wilh. Koenen (Berlin).

Schildau-Roßwein. Sonnabend, den 3. Februar, abds. 8 Uhr, im Gasthof Krake: **Oeffentliche Versammlung.** Redner: Reichstagsabgeordneter Gen. Wilhelm Koenen, Berlin. Anschließend: **Außerordentl. Mitgliederversammlung. Bericht vom Parteitag.**

Groß-Treben. Sonntag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Schubert: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Schulz (Neukölln).

Prettin. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Das Landproletariat und wir Kommunisten". Ref.: Landtagsabgeordneter Genosse Schulz (Neukölln).

Kreis Liebenwerda.

Raundorf-Lauchhammer. Sonnabend, 3. Febr., abds. pünktl. 6 Uhr: **Sitzung d. Ortsgruppenleitung.** Die Zehnergruppenführer müssen im Laufe dieser Woche Material abholen.

Bockwitz. Sonnabend, 3. Febr., abds. 8 Uhr, im „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Parteitag.

Mühlberg. Sonnabend, 3. Febr., abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: Bericht vom Bezirks- und Reichsparteitag. Ref.: Gen. Tauchnitz.

Hohenleipisch. Sonntag, 4. Februar, abends 8 Uhr, in der „Weintraube": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die Besetzung des Ruhrgebietes". Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Otto Rühan (Halle).

Raundorf-Lauchhammer. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Stern": **Generalversammlung.**

Ortrand. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, im „Goldenen Anker": **Generalversammlung.** Bericht vom Bezirksparteitag. „Klassenkampf"-Leser willkommen.

Kreis Merseburg.

Kötschen-Beuna. Sonnabend, den 3. Februar, abends 7 Uhr, im Gasthof Zätlck: **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Gen. Bernh. Koenen, Merseburg. Thema: „Kampf gegen Poincaré und gegen Cuno.

Naßnitz-Weßmar. Sonntag, 4. Febr., nachm. 5 Uhr, im Parteilokal: **Generalversammlung.**

Mansfelder Seekreis.

Erdeborn. Sonntag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Roß": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Poincaré und gegen Cuno". Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Rich. Schnetter.

Kreis Querfurt.

Groß-Osterhausen. Sonnabend, den 3. Februar, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum braunen Hirsch": **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Genosse Max Lademann. Thema: „Die Ruhrbesetzung und die Aufgaben der Arbeiterschaft".

Kreis Weißenfels.

Weißenfels. Freitag, 2. Febr., abds. 8 Uhr, im „Volkshaus": **Fortsetzung der Generalversammlung.**

Borau-Selau. Sonnabend, 3. Febr., abends 8 Uhr, im „Bergschlößchen" zu Selau: **Mitgliederversammlung.**

Teuchern. Sonntag, 4. Febr., nachm 3 Uhr, im „Grünen Baum": **Mitgliederversammlung.**

Gröben-Runthal. Sonntag, 4. Febr., abds. 7 Uhr, bei Schmidt-Runthal: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Hassnsburg. Sonntag, 4. Febr., nachmittags 3 Uhr, im Gasthof: **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Bezirksparteitag.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu **Drucksachen** benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Deutscher Baugewerksbund
Baugewerkschaft Halle.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 9 Uhr, im **„Volkspark"** (Restaurationssaal):
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahl des dritten Angestellten.
3. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und KartellDelegierten.
4. Das Ergebnis der Lohnverhandlungen
5. Verbandsangelegenheiten.
Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Wer sein Buch an den Unterkassierer abgegeben hat, muß sich einen Ausweis im Bureau besorgen. 430
Die Ortsverwaltung.

Polier-Bund,
Bezirksverein Halle a. d. S. u. Umg.
Die gestern veröffentlichte **Versammlung** bezieht sich nicht auf den Polierer-Bund, sondern auf obigen **Polier-Bund.**

Ueberbiete jede Konkurrenz für Felle.
Hasen
Katzen, auch lebendig
Ziegen
Marder
Iltis
sowie für alle anderen Sorten Felle und Wolle höchste Preise.
P. Sitte & Co.,
Mittelwache 13 und Glauchaer Str. 4
Telephon 5475. 445

Kaufe gesamt. **Sämtl. Rohprodukte** Kaufe gesamt.
Altesen und Metalle.
Rohprodukten - Einkauf
Brandenburger Str. 10, Hof.
M. Heinze. 441

viel Geld,
Billigste und beste Bezugsquelle!
Verspätete Lieferung alter Abschlüsse in
Herbst- und Winter-Herren-Bekleidung
setzen mich in den Stand, größere Posten
Paletots — Raglans — Schlüpfer
Anzüge — Joppen — Hosen
Konfirmanden-Anzüge
in guten Qualitäten, modernsten Formen, elegantem Schnitt zu **überholten Preisen** zu verkaufen. 447
Sie sparen bei Moritz Rosenthal
wenn Sie Ihren Bedarf dort decken.
Moritz Rosenthal,
Leipziger Straße 1, im alten Rathaus.
Jetzt ist noch jedermann Gelegenheit geboten, billige Waren ein- — — zukaufen, welche ich **4 bis 6 Wochen reserviere.** — —

Den
Weltuntergang
kann keiner voraussagen, aber daß **morgen sowie am Sonntagabend** in
Brinkmanns Restaurant
(Dessauer Straße)
ein gemütlicher 442
Musikalischer Abend
stattfindet, kann ich Ihnen heute schon sagen.
Es ladet ein **Der Wirt.**
Noch alte Bierpreise!

Bettwäsche!
Wir machen darauf aufmerksam, daß bei der jetzigen schweren wirtschaftlichen Lage in absehbarer Zeit wahrscheinlich eine enorme Warenknappheit eintreten wird.
Warenmangel heißt Warenteuerung!
Nehmen Sie die Gelegenheit, die wir unseren Kunden mit unseren billigen Angeboten heute nochmals bieten, deshalb wahr.
Bettbezüge 10500,— 12500,— 16000,— usw.
in guten Qualitäten
Kissen in passender Ausführung ∴ ∴ ∴
Bettlaken . . 4700,— 5500,— 6800,— usw.
Wäschestoffe . 1900,— 2300,— 2500,— usw.
Inlette . . . 19500,— 26000,— 32000 usw.
farbecht, federdicht *44
Tischtücher, Damast-Handtücher.
Riesige Auswahl — Bedienung durch Fachleute.
Kein Versand nach auswärts. Kein Verkauf an Ausländer.
— **Achten Sie genau auf unsere Firma!** —
Berl. Bettwäsche-Fabriken
Verkaufslager Halle: L.-Wuchererr-Str. 28.

Wegweiser durch die Not.

Es ist kaum möglich, Nahrung in konzentrierterer Form mit sich zu tragen, als in Gestalt von Schokolade.
Prof. Dr. Bunge.

Unter den Nahrungsmitteln, die dem Menschen das Pflanzenreich unmittelbar darbietet, stehen die sogenannten Kakaobohnen, die Samen des tropischen Kakaobaumes, geradezu als Phänomen da. Man darf fast sagen, nirgendwo hat die Natur eine solche Fülle der wertvollsten Nährstoffe auf einem so kleinen Raume zusammengedrängt und sie in solcher Vollständigkeit ausgewählt, daß man die Substanz der Kakaobohne dreist als ein Universal-Nahrungsmittel bezeichnen kann. Das lehrt ein Vergleich mit den sonstigen wichtigsten Nahrungsmitteln aus dem vegetabilischen wie aus dem animalischen Reiche.
Prof. Dr. Erich Harnack.

Kakao zum Frühstück legt die beste Grundlage für den ganzen Tag... Hinsichtlich ihrer Preiswürdigkeit und vom Standpunkt des Nähr- oder Betriebswertes aus betrachtet, rangieren die Kakaoerzeugnisse vor sämtlichen Fleischsorten, Käse, Eier und Butter. Dr. Hans Berdum.

Hiernach wird Milch unter Zusatz von Kakao höher ausgenutzt als Milch allein, eine Tatsache, die mehrfach bei Anwendung von Milch allein u. unter Beigabe von anderen Nahrungsmitteln beobachtet worden ist. Prof. Dr. König.

Ein Wiederaufbau des zahrelang unterernährten Körpers kann nur gelingen, wenn jede Möglichkeit, die tägliche Nahrungszufuhr gehaltvoller zu gestalten, wahrgenommen wird. Weite Schichten genießen noch gedankenlos ein Hausgetränk, das nicht nährt, sondern zehrt. Für den gleichen und sogar einen weit geringeren Betrag könnten sie ihrem Körper ein belebendes Getränk von edelstem Wohlgeschmack zuführen, einen Kräftrunk, der noch dazu eine hervorragend nervenstärkende Eiweißart enthält. Die Wirkung des regelmäßigen Genusses einer Tasse Reichardt-Kakao auf Wohlgefühl und Leistungsfähigkeit muß man jedoch selbst erprobt haben, um sie voll zu würdigen.
Reichardt-Ruf Oktober 1922. *42

Die veredelte **Dauerwäsche**
Marke „Waschdär".
Vom Guten d. Beste
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2. 1 Treppe.
4321 Eing. Sternstr.

Felle!
Bevor Sie Ihre Felle verkaufen, erkundigen Sie sich erst nach meinen von Tag zu Tag steigenden Höchstpreisen. Diese erzielen Sie nur bei 426
Ultsch, Kaiserstr. 23. Telephon 2910.
Kaufe auch gegerbte Kanin.
Hole auch ab.

Spendet für die „Rote-Hilfe"!

Französische Lumpen
kaufen wir nicht, dagegen kaufen wir:
Haushalt-Lumpen,
Knochen, Papier, Bücher, Zeitungen usw.
in kleinen und großen Mengen.
Uebernehmen ganze Abbrüche zu kulantesten Bedingungen
Da die Bekanntmachung der Preise für jeden Rohprodukten-Händler untersagt ist, wollen Sie unsere Preise in folgenden Geschäften einholen
Paul Theuring,
Rohproduktengesellschaft m. b. H.
Nur Leipzigerstraße 24 | Große Brunnenstraße 61
Augustastraße 17, Hof | Liebenauer Str. 166 Ecke Wolfstr.
Breitestraße 34.
Telephon 4363 und 5659. 446

Stadt-Theater.
Sonnabend abend 7 Uhr 436
Peer Gynt.
Sonntag
Die Gezeichneten

Thalia-Theater.
437 Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Neunzehn-hundertneunzehn.

Künstlerspiele
Be. Bu. Bü.
Bogenstraße (Ecke Koch)
Ab heute abends 8, 3, 1/2 8 Uhr an täglich 443
der brillante Februar-Spielplan
9 ausserm. jüngster 9 Gastspiel mit Fräl.
Lia Winterfeld ??

Kaufe ständig Felle, Wolle, Metalle, Alteisen, Zeitungen, Lumpen usw. zu höchsten Tagespreisen.
R. Walther
Marienstr. 7,
2 Minuten v. Hauptbhf.

Läuse Wanzen u. Flöhe vertilgt wie bekannt „Nielsolan". 44
Schurig, Steinweg 10.

45
Damentaschen
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Möbel,
Schlafzimmer, Küchen aller Art, Einzelmöbel
(neu und gebraucht) in großer Auswahl, **verkauft** noch billig
Otto Thormann,
Brüderstraße 14.

Nur hier
erhalten Sie das meiste Geld (überzeugen Sie sich) für:
Platin- Gold- Silber- | **Zähne**
Brill. u. Zahngebisse
Otto Fuchtel,
Gr. Märkerstr. 3, II. 1.

Gold-, Silber-, Platinbruch
kauft ständig zu reellen Tagespr.
Emil Poenitsch jr.,
Marktplatz 13
Ecke Talamstr.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao
der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene durch erschöpfende Krankheiten geschwächte Erwachsene, und für im Wachstum gehemmte Kinder. *43
Ueberall erhältlich! — Alleiniger Hersteller:
Georg Gebhardt & Co., Halle a. d. S.
Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36. — Fernspr. 4841.

Gold-, Silber-, Platin-
Bruch kauft laufend
J. Sendler, Juwelier und Goldarbeiter,
Gr. Ulrichstr. 25, neben Reichs Union Bühne. — Telephon 4130. [444

Edelmetallhandlung
von
Uhrmacher Fr. Karcher,
An der Universität 17,
kauft laufend
Gold-, Silber-, Platin-
Bruch
sowie alle Gegenstände aus Edelmetall
zu reellen Preisen.
Gegründet 1918 439
Reparaturen an Uhren, auch kompliziertester Art, in 8 Tagen
— Luxussteuerfreier Ankauf. —

Achtung!
Kaufe alle Sorten 438
Felle u. Wolle.
Ueberbiete jede Konkurrenz am Platze und zahle nur Leipziger Börsenpreise.
Händler erhalten Extrapreise.
Meinhardt, Triftstr. 17.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Kauft nur bei den **„Klassenkampf"-Inserenten.**

Auf bequeme **Teilzahlung** liefere ich **Möbel** aller Art, besonders moderne **Schlafzimmer, kompl. Küchen**
N. Fuchs, Möbelhaus, Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II. III. Etage.
Kredit auch nach auswärts. 43

Luxussteuerfreier Verkauf!
GOLD-, Silber-, Platin- Bruch,
Dublee, Brillanten
kauft laufend **Holland,** nur **Schillershof 10,**
vom Markt sichtbar. 428
Von 9 bis 6 Uhr geöffnet. Reelle Bedienung
Uhrreparaturen werden billig ausgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230202-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 2. Februar 1923.

Wuchertaumel der „nationalen Kreise"

Die Provokateure an der Arbeit

Der wilde Tanz des Dollars bringt auch die Preise aller Waren zum Tanzen. Die Ruhrbesetzung versetzt die „nationalen Kreise" in einen wüsten Wuchertaumel. Noch öfter als bisher werden die Preise heraufnumeriert. Nicht mehr um 10 Mk. oder um 50 Mk., auch nicht um 100 Mk., sondern um 500, 1000 Mk. und noch mehr. Es ist ihnen keine Grenze gesetzt. Die „nationalen Kreise" sammeln für die Durchführung der kapitalistischen Sabotage und der von der schwerkapitalistischen Regierung Cuno angeordneten Streiks. Diese Summen müssen wieder der hungernden Bevölkerung aufgebracht werden. Was hat die Milch, die Butter, das Schweinefleisch, das Fett, die Wurst, das Obst usw. mit dem hohen Stand des Dollars zu tun? Alles wird im Inlande erzeugt. Die Produktionskosten für diese inländischen Produkte sind sehr gering, da der deutsche Arbeiter nicht einmal den vierten Teil von dem als Lohn bekommt, was er vor dem Kriege verdiente. Und doch sind fast alle inländischen Waren mit dem Goldpreis mitgegangen, viele Warenpreise haben sogar längst den Goldpreis überschritten. Wenn heute ein Arbeiter nach dem Goldpreis das verdienen wollte, was er vor dem Kriege hatte, so müßte er einen Wochenlohn von etwa 120 000 bis 150 000 Mark haben. Die Preise sind in den letzten Tagen um über 100 Prozent gestiegen. Als die Arbeiter Mitte Januar Lohnforderungen stellten, da wurde ihnen von den Unternehmern erwidert, daß die Lebenshaltungskosten sich seit Dezember nicht verschoben hätten. Sie bewilligten schließlich unter dem Druck der Arbeiter 10 und 20 Prozent.

Die katastrophale Preisentwicklung der letzten Tage ist aber noch nicht beendet. Sie steht vielmehr am Anfang einer Periode, die das Proletariat in einen tiefen Abgrund hinabstößt. Die Großhandelsindexziffer ist vom 15. bis 25. Januar nach den bürgerlichen Zeitungen um 52 Prozent gestiegen; in den nächsten Tagen wird sie um weitere 50 Prozent steigen. Heute schon kostet die Butter bald 5000 Mk., die Margarine 3000 Mk., Schweinefleisch 4000 Mk., Rindfleisch 3000 Mk., Fett bis 4500 Mk., Rot- oder Leberwurst 3500 bis 4000 Mk., ein Zentner Briketts fast 4000 Mk. usw. usw. Auch Mehl und Brot soll in den nächsten Tagen wesentlich verteuert werden. Für Mehl werden jetzt schon Preise von 1000 Mk. für ein Pfund und für ein 1800-Gramm-Brot 800 bis 900 Mk. angegeben.

Das Elend wächst und mit dem Elend auch die Verzweiflung. Die Provokateure stehen bereit, um die Hungernden zu Unbesonnenheiten aufzuputschen. Die deutsch-völkische „Hallesche Zeitung" braucht jetzt solche Hungerkrawalle. So schreibt sie z. B. über die Stimmung auf dem Wochenmarkt am Dienstag folgendes: **„Ueberall auf dem Wochenmarkte hörte man heute Unwillen über die hohen Preise, wobei selbst Aussprüche, wie „alles kaputtschlagen müßte man", fielen."**

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Laßt Euch nicht durch das lichtsche Gesindel provozieren. Durch das „Kaputtschlagen" einiger Marktstände oder Fensterscheiben werdet Ihr die Teuerung nicht bekämpfen. Nur durch einen großen, gutorganisierten Kampf der gesamten Arbeiterschaft kann den Schiebern und Wucherern das Handwerk gelegt werden. Darum agitiert überall für diesen Kampf und reiht Euch in die Kampffront des revolutionären Proletariats, in die Kommunistische Partei ein.

Weitere Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

In der gestrigen Haushaltausschuß-Sitzung wurde eine Magistratsvorlage unterbreitet, die den Fahrpreis für zwei Teilstrecken auf 100 Mk. und darüber hinaus auf 120 Mk. festsetzt. Kinder unter 12 Jahren sollen die Hälfte zahlen. Linie 8 wird ganz eingestellt, außerdem werden noch einige andere Einschränkungen vorgesehen. Linie 9 soll fortan von Büschdorf zum Heitfiedler Bahnhof geführt werden. Nach 8 Uhr abends soll mit Ausnahme der Linie 7 auf allen Strecken ein 12- bzw. 24-Minutenverkehr eingeführt werden. Durch diese Erhöhung der Fahrpreise sowie Einschränkung des Betriebes, die immerhin eine Anzahl Entlassungen mit sich bringt, hofft man den Ausgleich für die erhöhten Ausgaben, namentlich für Strom und Löhne, erreichen zu können. Für die zu Entlassenden soll versucht werden, sie anderweit unterzubringen. Soweit wurde diese Vorlage angenommen. Strittig blieben nur die Ansichten über die abermals geforderte Tarifkommission. Die Linke hatte nicht Lust, sich auch die Festsetzung der Straßenbahnfahrpreise noch aus der Hand nehmen zu lassen. Da aber Herr Gräfe nicht abstimmte, erhielt die Rechte mit 9 Stimmen die Mehrheit, die Linke hatte nur 8 Stimmen. Die Kommission soll nur vorläufig die Preise festsetzen, dagegen die nachfolgende Stadtverordnetenversammlung dieselben bestätigen. — Außerdem beschloß der Haushaltausschuß noch den Ausbau der alten Kirche im Hospital zu fünf Wohnungen für Hospitaliten mit einem Kostenaufwande von 3,6 Millionen Mark. — 10 Millionen Mark sollen zum Straßenausbau für die Siedlungen „Eigene Scholle" und „Neu-Halle" an der Heide als Notstandsarbeiten vorgesehen werden. Weiter wurden für Abraumarbeiten an der Sandgrube 3,2 Millionen Mark bewilligt.

Wie schützt man sich vor Schwindsucht?

Aus der Fürsorgestelle für Lungenkranke, Salzgrafenstraße 1 (Sprechzeit täglich von 3 bis 4 Uhr) wird uns geschrieben:

Die Angst vor Tuberkulose ist außerordentlich verbreitet, aber wenige wissen, wie man sich vor Schwindsucht schützt. Manche halten den Atem, manche den Schweiß der Kranken für ansteckend. Beides aber ist unschädlich. Ansteckend ist an der Lungentuberkulose zweierlei; der Auswurf, Hustentröpfe und Niesen. Der Auswurf verliert seine Gefährlichkeit, wenn er in geschlossenen Räumen in Gefäße (Spucktassen oder Gläser) entleert wird, die mit Wasser gefüllt sind. Durch das Bedecken mit Wasser wird die Verstäubung des Auswurfs verhindert. Im Sommer müssen die Gefäße zum Schutz gegen Fliegen überdeckt werden. Die Reinigung der Gefäße soll mindestens mit kochendem Wasser vollzogen werden.

Schwerer zu vermeiden ist die Ansteckung, die durch Hustentröpfe geschieht und durch das Niesen Tuberkulöser. Beim Niesen werden die kleinen bazillenhaltigen Nieströpfchen zwei Meter, beim Husten die massenhaft Bazillen enthaltenden Hustentröpfchen zumeist bis zu einem Meter weit geschleudert und können, wenn sich atmende Menschen innerhalb dieser Entfernung aufhalten, von diesen geradewegs eingeatmet werden. Die Ansteckungsgefahr wächst mit der Verringerung der Entfernung und mit dem vermehrten Gehalt an Bazillen, der größeren Schwankungen bei den verschiedenen Kranken unterliegt. Daher heißt es für die Tuberkulösen in diesen Fällen: beim Husten einen Meter Abstand von dem Gesunden! Hand vor dem Mund, Gesicht abwenden!

Noch schwerer als gegen den Hustenstoß und das Niesen ist der Schutz gegen die in den Tröpfchen enthaltenen Bazillen, die sich zu Boden senken und so dem Staube mitteilen. Nur äußerste Sauberkeit und Trennung der Kinder von den hustenden Tuberkulösen kann hier die Ansteckung verhüten.

Im Monat Dezember hatte die Lungenfürsorgestelle 47 Zugänge, von denen ärztlicherseits 19 überwiesen waren. Mitglieder oder Angehörige von Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse waren davon 30, anderen Krankenkassen gehörten 14 an. Tuberkulose festgestellt wurde bei 9 Kranken, in Beobachtung genommen als verdächtig wurden 5, Nahrungsmittel konnten an 127 Kranke abgegeben werden, ebenso wie mäßige Geldunterstützungen, die wir durch eine Weihnachtssammlung in Halle aufbrachten. Von den hallischen Einwohnern starben im Monat Dezember 22 an Tuberkulose, der Fürsorgestelle waren davon 12 bekannt.

Die Röntgenabteilung versorgte 128 Patienten.

---

* **„Leben, Wissen, Kunst"** muß aus technischen Gründen heute ausfallen. Wir bitten, dem Umstande Rechnung zu tragen.

* **Der beste Protest gegen den Lebensmittelwucher** ist — ein Abonnement auf das „Volksblatt". So schreien die Stinnesstipendiaten in ihrer Reklame für ihr Lügen- und Verleumdungsblättchen der hungernden Bevölkerung entgegen. Das ist ihr Kampf gegen das verbrecherische Wucher- und Schiebergesindel. Die hungernden Arbeiter werden sich mit diesem „Protest" gegen den Lebensmittelwucher nicht zufriedengeben und werden nicht nur nicht den Lebensmittelwucher mit einem Abonnement auf das heterische „Volksblättchen" „bekämpfen", sondern sie werden den Kampf aufnehmen und dafür sorgen, daß auch dieses Blatt, genau wie die bürgerliche Presse, aus den Arbeiterwohnungen verschwindet; denn die Sozialdemokratie hat bisher noch immer den Lebensmittelwucher in den Parlamenten unterstützt. In die Wohnungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gehört das Blatt, das rücksichtslos die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, das den rücksichtslosesten Kampf gegen das Schieber- und Wuchergesindel führt. Und das ist der „Klassenkampf".

* **Der „praktische" Magistrat der Stadt Halle.** Aus Arbeiterkreisen wird uns geschrieben: Wie die ärmere Bevölkerung vom hallischen Magistrat behandelt wird, soll folgendes Beispiel zeigen: Es ist Tatsache, daß die Rechnungen für Gas, Strom und Wasser erst nach Monaten kassiert werden. Zurzeit werden die Zahlungen des Monats November, ja teilweise erst des Oktobers eingezogen. Das ist ein geradezu skandalöser Zustand. Der Magistrat, der mit so großen finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen hat, läßt hier sein Geld monatelang ausstehen und dadurch immer mehr entwerten. Im Zeichen der geradezu sprunghaften Teuerung, die die arbeitende Bevölkerung fast zu Boden drückt, ist es doppelt schwer, Gelder für ausstehende Rechnungen zurückzulegen, denn jeder Pfennig muß so schnell wie möglich benutzt werden, um Lebensmittel einzukaufen. Nun kommt der Magistrat und zieht jetzt schon die Rechnungen für die oben angegebenen Monate ein. Kommt nun der Kassierer und will die rückständigen Gelder eintreiben, so tritt in die Erscheinung, daß es vielen Arbeitern gar nicht möglich ist, sofort zu zahlen. Nach einigen Tagen kommt dann ein „Erinnerungszettel", der die Mitteilung bringt, daß das Geld innerhalb fünf Tagen auf der städtischen Kasse abgeliefert sein muß. Was geschieht nun, wenn der Arbeiter das Geld in dieser Zeit nicht aufbringen kann? Wenn er inzwischen arbeitslos geworden ist? Dann wird unser Magistrat den „gesetzlichen" Weg beschreiten und der Arbeiter wird in seiner schweren Lage noch mit einer Pfändung beglückt. Das sind ganz unhaltbare Zustände. Hat die Stadt Halle vielleicht nicht genügend Arbeitskräfte, um die Rechnungen am Ende eines jeden Monats auszuschreiben, damit die Einkassierung schneller vor sich gehen kann? Es gibt genügend Arbeitskräfte, die gern einspringen würden.

* **Die neuen Fahrpreise.** Vom 1. Februar an tritt wieder eine Verdoppelung der bisher gültigen Eisenbahnfahrpreise ein. Die kilometrischen Einheitssätze betragen künftig in 1. Klasse 48 Mk., in 2. Klasse 24 Mk., in 3. Klasse 12 Mk., in 4. Klasse 8 Mk. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugszuschläge, die Militärfahrpreise und die sonstigen Gebührenzuläge. Eine Erleichterung im Nahverkehr tritt insofern ein, als die Mindestentfernung für die Berechnung von 11 auf 9 km. herabgesetzt wird.

* **Zum Rauchverbot in Eisenbahnzügen!** Bekanntlich wird seit einiger Zeit eine sofortige Buße erhoben, wenn auf Gängen von D-Zügen, in Nichtraucherabteilen oder sonstigen Räumen im Eisenbahnbetriebe, in denen das Rauchen ausdrücklich verboten ist, geraucht wird. Diese Buße, die ursprünglich 20 Mark, sodann 60 Mark betrug, wird vom 1. Februar d. J. an auf 300 Mark erhöht.

* **Proletarische Unterhaltungsstunde.** Alle Teilnehmer von Kröllwitz und Umgegend finden sich am Sonntagvormittag 10 Uhr im „Volkspark" ein.

* **Kapitalserhöhungen bei der Mitteldeutschen Bauzentrale.** Nachdem die Mitteldeutsche Bauzentrale, G. m. b. H., Flugplatz, vor etwa drei Monaten eine Kapitalerhöhung um vier Millionen Mark beschlossen hat, ist vor acht Tagen eine weitere Kapitalerhöhung um vier Millionen Mark beschlossen worden.

* **Tätigkeit der Berufsfeuerwehr im Jahre 1922.** Im Verlaufe des Jahres 1922 wurde die Hilfe der Feuerwehr in 3649 Fällen, also durchschnittlich täglich zehnmal in Anspruch genommen, und zwar 102mal bei Feuersgefahr, 71mal zu Hilfeleistungen bei Unglücksfällen sowie 3445mal zur Beförderung Verunglückter oder Erkrankter. Von den Bränden erwiesen sich drei als Großfeuer, fünf als Mittelfeuer und 94 als Kleinfeuer. Die Hilfeleistungen setzen sich zusammen aus Hilfe bei Hauseinstürzen, Beseitigung von Verkehrshindernissen durch Zusammenstöße, Achsenbruch von Fuhrwerken usw. sowie aus Hilfe bei Unglücksfällen schwerer Art. Außerdem wurden durch die Feuerwehr eine Reihe von feuerpolizeilichen Gutachten abgegeben und die regelmäßige feuersicherheitliche Ueberwachung sämtlicher Theater und Kinos sowie aller staatlicher und städtischer Gebäude durchgeführt. Besondere Sicherheitswachen wurden im Stadt-, Walhalla-, Hall. Operetten- und Thalia-Theater sowie Zirkus, bei Jahrmärkten, Ausstellungen und zu sonstigen größeren Veranstaltungen gestellt.

* **Volkspark.** Die Polizeistunde ist jetzt auf 11 Uhr abends festgesetzt worden, ebenso sind alle Tanzlustbarkeiten (auch geschlossene Gesellschaften) verboten worden. Die Schwierigkeiten des Arbeiterunternehmens werden dadurch weiter vergrößert. Die Gewerkschaften und Arbeiterparteien werden ersucht, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

* **Die Kunstgewerbeschule Halle,** Burg Giebichenstein, macht darauf aufmerksam, daß ihr Ausstellungsraum im Roten Turm vom 1. Februar wochentags in der Zeit von 3 bis 5 Uhr nachmittags wieder geöffnet ist.

* **Wem gehören die Säcke?** Bei einer hiesigen Firma sind vor einiger Zeit von einem unbekannten Mann 22 alte Säcke, ohne jedes Zeichen, zum Kauf angeboten und zurückgelassen worden. Die Säcke rühren vermutlich aus einer Straftat her. Der Eigentümer oder wer über die Herkunft der Säcke Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalabteilung, Dreyhaupstraße 4, Zimmer 35 oder 36, zu melden.

* **Diebstahl.** Von einem Schacht bei Rothsch ist in der Nacht zum 27. Januar eine elektrisch getriebene Handbohrmaschine im Gewicht von 35 Kilogramm gestohlen worden. Die Maschine ist fast neu und hat einen Wert von 1 000 000 Mark. Bezeichnung: Type-Nr. 477/220 Volt, 50 PS, laufende Nummer 86 872, geliefert von der Firma C. u. E. Fein, Berlin. Auf die Wiedererlangung sind 120 000 Mk. ausgesetzt. Meldungen erbeten an die Kriminalpolizei, Zimmer 36.

Theater und Konzerte

Stadt-Theater Halle

Mozart: „Die Zauberflöte".

Als erste Mozart-Oper in dieser Spielzeit brachte uns die Theaterleitung „Die Zauberflöte". Hans Siegle hatte das Werk neu inszeniert. Gewiß bietet „Die Zauberflöte" mit ihren vielen Bühnenbildern große Schwierigkeiten und man sieht sich oft gezwungen, einige Bilder umzulegen. Daß man aber dabei so gewaltsam vorgehen muß, wie es bei der jetzigen Aufführung der Fall war, ist durchaus nicht meine Meinung. War es unbedingt nötig, die zweite Priesterversammlung in das zweite Finale zu legen? Die Handlung, die ohnehin für den Laien schon schwer verständlich ist, wird dadurch noch komplizierter. Daß sich Papageno eher aufhängen will, als Mozart vorsieht, wollen wir noch verzeihen, obwohl auch das nicht am Platze ist. Hat man vor dem Genie Mozart wirklich keinen Respekt mehr! — Man muß sich wundern, daß ein sonst so feinfühlender Musiker wie Kapellmeister Wolfes sich mit solchen Umstellungen einverstanden erklärt.

In den Hauptrollen waren beschäftigt: Herr Matusewski als Tamino, Herr Bark als Sarastro, als Gast Artur Lood in der Partie des Papageno (etwas mehr Beweglichkeit im Spiel hätte nichts geschadet). Elisabeth Schwarz entfaltete als Königin der Nacht eine flinke Kehlfertigkeit, während Hertha Reinecke als Pamina nicht recht erwärmen konnte. Heinrich Teßmer sang und spielte den Mohren Monostatos vortrefflich. Die drei Damen waren mit Maria Günzel-Dworsky, Charlotte Böcker und Henriette Boehmer und die Knaben mit Olga Georg, Martha Kolb und Martha Seeliger angemessen besetzt. Chor und Orchester wurden ihren Anforderungen gerecht. ch.

Volksbühne. Liederabend. Die in Halle bekannte Sängerin Frau Rose Walter (Berlin) wird am Dienstag, dem 13. Februar, im „Volkspark" Arien und Lieder von Gluck, Händel, Schubert, Brahms, Reger und R. Strauß singen. Die Begleitung hat Dr. Gaartz übernommen. Der Kartenverkauf (90 Mk.) beginnt am Freitag, dem 2. Februar, von 6 bis 7 Uhr in der Geschäftsstelle.

Kleinkugel. Auch die Landarbeiter rühren sich. In einer gutbesuchten Versammlung der Ortsgruppe Kleinkugel des DVB. wurde zunächst der Bericht von der letzten Konferenz gegeben. Ueber den Lohntarif entspann sich eine längere Debatte. Alle Redner wiesen sich darin einig, daß der neue Tarif eine Verhöhnung der Landarbeiter ist. Nach einem Referat über die politische und wirtschaftliche Lage wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Abkommen des AFGB. mit den nationalistischen Ausbeutern. Auch die Landarbeiter sind zu jeder Hilfe bereit. Sie lehnen aber jede Gemeinschaft mit den nationalistischen Elementen und den Kapitalisten ab. Denn gerade die, die sich heute wieder nationalistisch gebärden, machen durch die Not der arbeitenden Bevölkerung und durch die Ruhrbesetzung gute Geschäfte. Die Arbeiterschaft wird kämpfen für ihre Interessen. Und der Kampf um die Interessen ist der Kampf gegen die eigenen Kapitalisten, die diesen Zustand herbeigeführt haben. Die Landarbeiter fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, dem schamlosen Treiben der nationalistische Meute den organisierten Widerstand entgegenzusetzen, und sei es unter Anwendung des verschärften Generalstreiks auf der ganzen Linie."

Ammendorf. Internationaler Bund der Kriegsopfer. Am Sonntag, dem 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in Teichmanns Hotel, Ammendorf, eine öffentliche Versammlung der Kriegsbeschädigten, -hinterbliebenen und Sozialrentner statt. Zu dieser Versammlung ist auch die Ortsgruppe des Reichsbundes eingeladen.

Zicherben. Parteiversammlung. Alle Genossen werden ersucht, zur Generalversammlung der Partei, die am Sonntag, dem 4. Februar, nachmittags 3 Uhr im Lokal Bolze stattfindet, wegen der wichtigen Tagesordnung vollzählig zu erscheinen. Jedes Parteimitglied muß zur Stelle sein.

Arbeiter-Sport

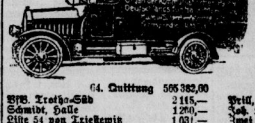
Achtung, Arbeiter und Arbeiter-Sportler

Am Sonntag, dem 4. Februar, nachmittags 1½ Uhr, findet auf dem **Sportplatz, Kleiner Sprengerplatz, Dessauer Straße** das Ausscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft des 6. Bezirkes zwischen BfB. Leipzig 1. und Viktoria 1., statt. Schiedsrichter ist O. Paulsch (Sportlust). Sportlust baut und stellt Bälle. Die Mittenfelder sind: Gustav Weise (Wettmitz), Albert Heinicke (Teutonia), O. Strauße (Sportlust), Kurt Uebe (Trotha). Die Platzkommission, sowie Spielerin, Schiedsrichter und Linienrichter treffen sich um 2 Uhr im Restaurant Thomas, Dessauer Straße. Ab 1 Uhr mittags besteht für den ganzen 6. Bezirk Spielverbot. — Die Städt-Elf fährt am Sonntag, dem 4. Februar, mittags 12.28 Uhr nach Kaynа. Treffpunkt für Spieler um 12 Uhr am Hauptbahnhof. — Am Sonntag, dem 11. Februar, Kreismeisterschaftsspiel in Halle, 6. Bezirk (Halle) — 5. Bezirk (Braunschweig). Alles Nähere folgt im „Klassenkampf" nächste Woche.

SSR. Sportlust 1. Jgd. spielt am Sonntag, dem 4. Februar gegen die 1. Jgd. des Turn-Vereins Greppin. Die Mannschaften stehen sich in folgender Aufstellung gegenüber: Greppin: Max Kleinert, Kolosoll, Köhler, Pische, Ziem, Cenacki, Schiemanski I., Brüning, Schiemanski II., Schmidt, Gädelein. Halle: Paul Hertner, Willy Seeliger, Otto Franke, Willy Bierdoch, Georg Hringe, Willy Fischer, Sommerberg, Walter Kahle, Willy Wolff, Ackermann, Willy Lein. Greppin zählt zu den spielstärksten Mannschaften im ganzen 2. Kreis, verwochten sie doch den Bezirksmeister des 3. Bezirks mit 4:0 und den des 2. Bezirks mit 2:1 niederzuringen. Sportlust tritt auch mit voller Mannschaft an und so dürfte dieses Spiel einigermaßen ein Gradmesser der Spielstärke der beiden Bezirke sein. Besondere Einladungen ergehen nicht. Das Spiel beginnt 3½ Uhr. Treffpunkt 1/10 Uhr am Bahnhof zum Empfang der Gäste. Das Spiel findet vor dem Meisterschaftsspiel der 1. und 2. Gruppe (Lettin 1. Herren—Viktoria 1. Herren) statt. Sportlust 2—Askania 2., 3 Uhr Treffpunkt bei Thomas. — Sonnabend, den 3. Februar, Hallentraining d. Thomas.

Viktoria. Am Sonntag, dem 4. Februar, vormittags 11 Uhr, stehen sich auf dem Sandanger Viktoria 1. Jugend und Holzw. Jug 1. Jugend gegenüber. Da beide Mannschaften in guter Form sind, ist ein guter Sport zu erwarten. Die Mannschaft steht wie folgt: Köhr, Keß, Kuß, Werner, Ulbrich, Schöne, Stein, Geßing, Zieger, Schubert, Mayer. Ersatz: Berger, Steuer, Schlick — Am Sonnabendabend 8½ Uhr: Wichtige Sitzung.

SSV. Minerva. Am 28. Januar spielte Minerva 2. gegen Wettitz 1. mit 6:0, Minerva 1. Jugend gegen Askania 1. Jugend mit 1:2. — Am 4. Februar spielt Minerva 1. gegen Askania 1. um 10 Uhr und Min rva 1. Jugend gegen Teutonia 1. Jugend um 9 Uhr. Minerva 2. gegen Brehna 1. auf dem Platze des Gegners Verbandsspiel. — Am 4. Februar, abends 8 Uhr, treffen sich alle Mitglieder in der „Erholung" am „Rosengarten".



Spende

65. Quittung

64. Quittung	566 362,60
BfB. Trotha-Süd	2 115,—
Schmidt, Halle	1 240,—
Liste 54 von Trieftemitz	1 031,—
Familie Reißleben, Halle	1 000,—
Augenamt, Rietleben	1 000,—
Max Uhlig, Königstraße 26	1 000,—
Ungenannt, Westerhausen	1 000,—
Liste 89 von Trieftemitz	510,—
Genosse Jährling	500,—
Fr. Hennicke, Merseburg	500,—
Friedrich Eckert, Merseburg	500,—
Unbekannt, Zöchornewitz	500,—
M. Weber, Piesa a. E.	500,—
O. H. Halle	500,—
Paul Hartmann, Unterröthgen	500,—
Otto, Hohenmölsen	335,—
Hermann u. Martha Rudolf, Riebersdorf	300,—
Conrad Meyer, Zeitzstraße	300,—
Liste 595 von Protsch	250,—
Schauspieler-Kantinenbund Bezirk Halle	230,—
Fr. Eichner, Halle	200,—
Ludwig, Halle	200,—
Hermann Werner, Halle	200,—
Ernst Tänzler, Landsberg	200,—
W. Schumann, Zwingerstraße 26	200,—
M. M. T.	200,—
Transport	580 353,60

Transport	580 353,60
Brill, Halle	200,—
Joh. Hoffmann, Schützenstr. 20	200,—
Zwei Vormer von Merseburg	200,—
Michel, Halle	200,—
Hermann Strubel, Halle	150,—
Richard Scheidt, Merseburg	150,—
Eichler, Hohenweiden	150,—
Paul Schmidt, Langenbogen	150,—
B. Herrmann, Gutenberg	100,—
G. Schade, Letzewitz	100,—
Hermannsrie, Halle	100,—
Lehner, Halle	100,—
Kantelhart, Halle	100,—
H. J. Merseburg	100,—
Kekel, "	100,—
Artur Kirchner, Merseburg	100,—
Frau Becker, "	100,—
Genie	100,—
Bode	100,—
Jacobie	100,—
Franz Joh. Wittenberg	100,—
Ernst Jäger	100,—
Genossin Schwerdt, Querfurt	100,—
Walter Eisold, Halle	50,—
H. Müller, Bremen	50,—
Mäkel, Merseburg	50,—
Richard Schmidt	50,—
Hermann Hintze, Piesteritz	50,—
Summe	583 503,60

Vorsichtigung! In Quittung 63 muß es heißen: Arbeiter-Radfahrer-Verein „Waldvarität" Holzweißig 2000,— Mark.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Druck: Bieber, Mittel — Schlüche, nur Gr. Steinstraße 35

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230202-17/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Kanonenfutter

In den letzten Tagen wird viel von den massenhaft zu der Reichswehr strömenden Freiwilligen geschrieben. Die Regierung hat deren Einstellung und Bewaffnung abgelehnt. Wer sind nun diese Freiwilligen? Zum Teil nationalistische und faszistische Jugend, zum größten Teil aber junge Industrieproletarier, denen man im Ruhrgebiet vorgeredet hat, daß sie von den Franzosen interniert oder anderer Belästigungen ausgesetzt werden, oder — die arbeitslos sind und sich ihren Lebensunterhalt in der Reichswehr oder den Freikorps verdienen wollen. Daß natürlich ein Teil Lumpenproletariat und Lumpenbourgeoisie vom Schlage der Baltikumstrolche darunter ist, ist ohne Zweifel.

Was geistige Verdummung durch Kirche und Schule heute nicht mehr vermag, einen Teil des Proletariats als willenloses Werkzeug in die Hand der Bourgeoisie zu liefern, das soll die wirtschaftliche Not fertigbringen. Und so gehen denn die größeren Betriebe dazu über, die Arbeiter bis zu 23 Jahren zu entlassen. Der Staat gab den Privatunternehmern das Beispiel dafür, er entließ die jungen Arbeiter und Angestellten. **Schon irren im Geiseltal die jugendlichen Arbeiter in Trupps von Hunderten von Grube zu Grube, von Betrieb zu Betrieb, überall werden sie abgewiesen, mit dem Bemerken, daß auch die anderen Betriebe jugendliche Arbeiter entlassen. Und täglich werden mehr Jugendliche entlassen. Aus einer Reihe von Betrieben anderer Industrien kommt dieselbe Nachricht. Arbeiter bis zu 25 Jahren, die entlassen werden, fordert man auf, sich zum Grenzschutz zu melden. Man verspricht ihnen ein Handgeld von 80 000 Mk. und eine Löhnung von 30 000 Mk.**

Arbeiterentlassungen im Bergbau und dann der Ruf nach Ueberschichten, das kennzeichnet die Situation. Daß die für den „Grenzschutz" angeworbenen Freiwilligen in erster Linie gegen den „inneren Feind" verwendet werden sollen, haben wir bereits vor einigen Tagen an Hand von Material mitteilen können. So sollen die in Halle Angeworbenen bei Ausbruch innerer Unruhen, mit denen man in nächster Zeit rechnet (will Höfsing etwa eine neue Polizeiaktion unternehmen?), zur Besetzung des Bennawerkes verwendet werden. Also zunächst Kampf gegen den inneren Feind, gegen die Novembermänner, wie ihn Hitler klar ausgesprochen hat. Darüber hinaus aber auch Kampf gegen Frankreich, d. h. für 10 Prozent Mehrantteil des Stinnes am deutsch-französischen Trust.

Die gesamte Arbeiterschaft muß sich gegen die Entlassung der jugendlichen Arbeiter wehren, denn diese sollen durch Arbeitslosigkeit und Not gezwungen werden, gegen die eigenen Klassengenossen vorzugehen. Der beste Schutz gegen das Treiben der Reaktion ist die Bildung von Arbeiterwehren. Den Gewalthaufen der Reaktion muß die einige und geschlossene Kampffront der gesamten Arbeiterklasse entgegengestellt werden, die Reaktion muß mit denselben Mitteln bekämpft werden, mit denen sie die Arbeiterschaft bekämpft.

Arbeiter und Beamte gegen die sogenannte „Ruhrspende"

Ueberall beginnen die Arbeiter Stellung zu nehmen gegen die Lohnabzüge für die sogenannte Ruhrspende, die die Arbeitsgemeinschafter in ihrem nationalistischen Taumel beschlossen haben. Die Antwort der Arbeiter, deren Lohn gegenüber der ungeheuren Teuerung sowieso in keiner Weise mehr ausreicht, ist eine ablehnende. Mit welcher Berechtigung will man ihnen nun noch zumuten, von dem Hungerlohn auch noch einen Stundenlohn oder gar noch mehr zu opfern, nur damit die deutschen und französischen Kapitalisten ihren Interessenkampf im Ruhrgebiet ausfechten können. Mit Recht haben deshalb **die Bitterfelder Fabrikarbeiter** in ihrer Generalversammlung den schamlosen Aufruf des ADGB., die Arbeiter sollten sich einen Stundenlohn für die „Ruhrspende" abziehen lassen, abgelehnt. (Siehe Notiz unter Bitterfeld.)

Weiter hat eine am Donnerstag stattgefundene Versammlung **der Merseburger Zimmerleute** folgenden Beschluß gefaßt:

Die am 1. Februar abgehaltene Versammlung nimmt mit großer Entrüstung Kenntnis vom Vorgehen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, welcher die Mitglieder der dem Bunde angeschlossenen Verbände zwingen will, für die sogenannte „Ruhrspende" einen Stundenlohn sich vom Arbeitgeber abziehen zu lassen. Die Zahlstelle der Zimmererverbandes für das Tarifgebiet Merseburg erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie ihren Arbeitgebern mitteilen, daß sie nicht gesonnen sind und sich auch weigern, derartige Abzüge von ihrem Lohn vornehmen zu lassen. Es besteht einerseits keine gesetzliche Verpflichtung dazu, andererseits sind die bereits bestehenden Abzüge schon so hoch, daß der Lohn kaum zum Leben ausreicht. Die Zimmerer in allen anderen Gebieten werden dringend ersucht, zu diesem neuen, arbeiterfeindlichen Verhalten der Gewerkschaftsspitzen im ADGB. Stellung zu nehmen und sich die Beschlüsse der Merseburger Kameraden zu eigen zu machen.

*

Zu dieser Frage erhalten wir auch von einem Beamten des Braunkohlenbergbaus folgende Zuschrift:

Die Werbetrommel des Kohlenkapitals geht jetzt bei den Braunkohlenangestellten im Geiseltal um und fordert diese auf, 5 Prozent von ihrem Monatsgehalt als „Ruhrspende" zu zeichnen. Der sanfte Druck seitens der Direktoren auf die elend bezahlten Beamten wird dabei nicht ausbleiben, um diese gefügig zu machen. Ihren Frauen und Kindern werden sie es dann wieder am Munde abdarben müssen. Wenn im Memelland so großkapitalistische Interessen zu vertreten wären, würde man längst auch für dieses eine derartige Bettelaktion mit so großem Tamtam in Szene gesetzt haben. Hier handelt sich's freilich um Sein und Nichtsein rheinischer Großkapitalisten, die vorher immer nach Ueberschichten schrien, jetzt aber, wo ihr Eigentum bedroht ist, auf einmal zum Streik auffordern. Und dabei schämen sie sich nicht, das Proletariat um „freiwillige" Spenden anzubetteln. Mit „vaterländischen" und „nationalen" Phrasen suchen sie bei den Massen Stimmung zu machen, ohne selbst Anspruch auf diese Eigenschaften erheben zu können. Denn der Kapitalist ist ein internationales Geschmür!!

Da unsere Regierung scheinbar bei dieser Bettelei die Hand mit im Spiele hat, so fordern wir sie auf, erst einmal die zirka 40 Milliarden Mark hetzegenden Kohlensteuern, die den Unternehmern seit August 1922 schon gestundet sind, schleunigst einzuziehen und als „Ruhrspende" zu verwenden. Aber freilich, darauf wird man vergebens warten, denn eine Krähe hackt der andern nicht die Augen aus.

Schkeuditz. „Die Ruhrbesetzung und die Aufgabe des Proletariats". Ueber dieses Thema referierte Genosse Eckert (Essen), der zurzeit in Leipzig zum Parteitag weilte, in einer gutbesuchten Versammlung. Der Redner nagelte die Lügenberichte der bürgerlichen Presse fest in bezug auf die Vorgänge im Ruhrgebiet, die lediglich den Zweck verfolgen, eine nationalistische Hetze zu entfachen. Die Gewerkschaften lassen alles ruhig über sich ergehen; anstatt den Generalstreik zu proklamieren, beschimpfen sie lieber tagtäglich die Kommunisten. Die weiteren interessanten Ausführungen des Redners gipfelten in der Forderung auf Schaffung einer Arbeiter-Regierung und einer proletarischen Einheitsfront, um den Vorstoß der kapitalistischen Sippe erfolgreich abzuwehren. Genosse Eckert gab am Schlusse den Rückritt der sächsischen Regierung bekannt und knüpfte daran die notwendigen Ausführungen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige im „Bahnhofshotel" stattfindende öffentliche Volksversammlung protestiert gegen die Ruhrbesetzung. Ebenso protestiert die Versammlung gegen den Versuch, die Arbeiterschaft in einen nationalistischen Taumel zu versetzen. Die Versammlung erklärt, daß nur der Zusammenschluß der Arbeiterschaft eine Garantie dafür bietet, daß der Faszismus niedergeschlagen wird. **Deshalb fordert die Versammlung die Bildung einer Arbeiter-Regierung und die Bewaffnung der Arbeiterschaft."**

Schkeuditz. Verhaftungen. Am Montag wurden drei Personen verhaftet, da sie Zigarren im Werte von mehr als 1 Million Mark gestohlen hatten. Die Zigarren waren aus einem Güterzug herausgeworfen und in einer Feldscheune in Modelwitzer Flur versteckt worden, nachdem man die Packkisten geleert und offen in der Flur hatte liegen lassen. Diese Kisten führten auf eine Spur nach Papitz. Hier gelang es, den größeren Teil der Zigarren zu beschlagnahmen. In Frage kommen zwei Schkeuditzer und ein Papitzer Einwohner als Haupttäter, doch zieht die Sache noch weitere Kreise, da auch Hehler beteiligt sind.

— Theaterabend. Am Sonnabend, dem 3. Februar, veranstaltet die „Proletarische Kulturvereinigung Halle" in Wehlitz (Gasthof Thieme) einen Theaterabend. Gegeben wird „Die Leute von Dangaard". Wir empfehlen der hiesigen Arbeiterschaft, da ihr derartige Gelegenheit selten geboten wird, den Besuch der Veranstaltung.

Raßnitz-Weßmar. Aus der Partei. Die ordentliche Generalversammlung unserer Ortsgruppe findet am Sonntag, dem 4. Februar, im Parteilokal in Raßnitz statt. Die vorläufige Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht über den Bezirksparteitag (Genosse Fiedler). 2. Tätigkeitsbericht der Ortsgruppenleitung: a) Vorsitzender, b) Kassierer. 3. Wahlen. 4. Verschiedenes. Genossen, da es sich darum handelt, die Geschicke unserer Organisation zu bestimmen, ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen.

Radefeld. Jugendweihe. Die hiesige Ortsgruppe proletarischer Freidenker hat sich wie im vorigen Jahre so auch heuer zur Aufgabe gemacht, am sogenannten Palmsonntag eine Jugendfeier zu veranstalten. Es werden hiermit alle proletarischen Eltern, deren Kinder aus der Schule entlassen werden, aufgefordert, ihre Kinder daran beteiligen zu lassen. Gerade in dieser schweren Zeit muß jeder klardenkende Arbeiter sich dessen bewußt sein, daß ihm keine göttliche Religion und keine pfäffische Verdummungspolitik etwas helfen kann. Darum, heraus aus der Kirche und hinein in die proletarisch-revolutionären Organisationen. Anmeldungen nehmen entgegen in Radefeld die Genossen Gottwald und H. Dietze und in Freiroda die Genossen Siendel und Hermann.

Bitterfeld. Kommunistischer Erfolg im Fabrikarbeiterverband. In der Generalversammlung der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Bitterfeld, am 29. Januar wurde eine Resolution, die die schmierige und schmutzige Schreibweise des Verbandsorgans „Der Proletarier" auf das entschiedenste ablehnt, einstimmig angenommen. Ebenso einstimmig wurde abgelehnt der Aufruf des ADGB., wonach der Arbeitgeber einen Stundenlohn in Abzug bringt zugunsten der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. In die Ortsverwaltung wählte man nur Kommunisten und auch sämtliche gewählten Kartelldelegierten gehören der KPD. an. Arbeiter der anderen Organisationen, macht's den Bitterfelder Fabrikarbeitern nach, die erkannt haben, was in der jetzigen Situation zu tun ist. Vorbereitung zum schärfsten Klassenkampf ist das Gebot der Stunde.

Niemegk. Achtung, Arbeiter von Bitterfeld und Umgebung! Ein durchaus arbeiterfeindlicher Wirt ist der Landbündler und Gastwirt Oswald Kitzing in Niemegk. Als vorigen Sommer der Arbeiter-Turn- und Sportverein „Vorwärts" Werbeplakate aufgehängt hatte, wurden dieselben vom Wirt entfernt; als der Verein eine Fußballabteilung gründen wollte, wurde das verboten; als sich aber gar bei einem Vergnügen verschiedene Sportgenossen erlaubten, das Arbeiterkampflied anzustimmen, geriet der Wirt schier aus dem Häuschen und verbot kurzweg das Singen. Am zweiten Weihnachtstag hatte der Verein seinen Ball, bei dem der Wirt das Vereinsabzeichen vom Saale verbannen ließ, und am Silvester verbot er sogar das „Frei Heil". Diese Schikanen führten nun natürlich so weit, daß die Generalversammlung den Beschluß faßte, in das Kleinsche Lokal überzusiedeln und den Landbündler unter seinesgleichen zu lassen. Arbeiter von Bitterfeld und Umgebung, meidet das Lokal dieses Herrn, übt Solidarität mit Euren Genossen!

Zichornewitz. Mieterversammlung. In der letzten starkbesuchten, im Kolonieegasthof stattgefundenen Einwohnerversammlung, führte der Referent vom Mieterschutzverein Halle den Mietern in einem vortrefflichen Referat den Wert der Mieterschutzvereine vor Augen. Dem konzentrierten Haus- und Grundbesitz kann nur eine fest zusammengeschweißte Mieterschaft als Machtfaktor gegenübergestellt werden. In der stattgefundenen Diskussion wurde ein Schreiben der Direktion verlesen, wonach sämtliche Wohnungen als Siedlungswohnungen zu betrachten seien. Es wurde daraufhin beschlossen, den Passus im Mietvertrag zu kündigen, die Miete vom Lohn abzuziehen, desgleichen den Passus, beim Ausscheiden aus einem Werke des Konzerns nach drei Monaten den doppelten Mietpreis zu zahlen. In der weiteren lebhaften Aussprache machte sich der aufgespeicherte Groll gegen die kommenden hohen Mietsätze Luft. Noch am selben Abend konstituierte sich der Vorstand der im Leben gerufenen Ortsgruppe des Mieterschutzvereins. Alle Mieter haben die Pflicht, beizutreten; nur geschlossen können sie ihre Interessen vertreten.

Provinz-Chronik

Aus einem Laboratorium der Farbenfabrik **Wolfen** wurden am Montagabend 4½ Gramm Platindraht, 160 Zentimeter lang und 0,04 Zentimeter stark, aus einem daselbst verwahrten Messinginstrumente gestohlen. — Auf den Kupferwerk **Ilsenburg** sollte ein großer Kran umgestürzt werden. Dabei wurde ein Arbeiter zerquetscht, während ein anderer sich durch Abspringen retten konnte. — In der Karosserie-, Wagen- und Waggonbaufabrik **Wernigerode** sind beim Abrücken Kessel geplatzt und haben zwei Werksarbeiter schwer verletzt, von denen der eine bereits gestorben ist, während man an dem Aufkommen des anderen zweifelt.

Die Autospende ist geschlossen!

Wir ersuchen alle Genossen, die **Sammellisten** noch in ihrem Besitz haben, diese uns umgehend einzusenden. Die **Geldbeträge** sind durch Zahlkarte auf unser Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle a. d. S., zu überweisen. **Verlag Klassenkampf.**

Vereine

benötigen

Drucksachen!

Bestellt dies, bei der **Prod.-Genossenschaft Halle**, Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jeb. Mittwoch, ab. 8 Uh. i. „Volksparl": **Singstunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor. Jeb. Donnerstag, ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singstunde.**

Die Naturfreunde. Stadtg.: Meidenpl. Besucht d. Gruppenabende. Jeb. Dienstag, ab. 7 Uhr, für Gruppe Nord: Wittelindschule (Friedenstr.), Mitte: Heim, Laurentius- und Cäcilienstraße, Süd: Torschule, Zim. 51. Freitag, ab ½7 Uhr: Herjenh.-Ausflug. — ½8-10 Uhr, im Weidenpl. 20 Jahresabend u. Fahrtenbeginn-Besprechung. Sonnabend, abends ½8 Uhr, im Heim, Lauretius- u. Cäcilienstr.: Experimentalvortrag. Sonntag: Kindermandeung. Ab 9 U. v. Kannichen und Weidenpl. Platz. Montag, ab ½8 U., im Weidenpl. 20: Arbeits-Ausschuß.

I. Hall. Wand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Proiet. Kulturvereinig. Halle. Lokal: „Alter Berg". Sonnabend, 3. Febr.: Theater-Abend in Mebliß. Abfahrt: 6.20 Uhr. Treffp.: Bahnhof, 6 Uhr. Sonntag, ab ½7 U., in „Alter Berg": Mitgl.-Versammlg.

Arb.-Samar.-Kol. Halle. Jeb Dienstag, in d. Martinschul (Charlottenstr., Zim. 16): **Uebungsstunde** u. ärztlicher Betreuung.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Abteilung des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Freitag, den 2. Febr., abds. 7½ Uhr, b. Schüler-Gymnasium, Gräfestr. 16: Vorstands-Sitzung. Sonnabend 3. Febr., abds. 7½ Uhr, i. d. „Prod.-Genossenschaft": **Mitglied.-Versammlung.**

Arb.-Kinderfreunde. Heute, Freitag, 2. Febr., ½8 Uhr, i. „Volksp.": Kasten Mitgl.-Versammlung der Abt. und K.d.S. Erscheinen aller ist Pflicht.

Vrh.-Radfahr.-Bund Solidarität, Halle. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gruppenlokal: Zusammenkunft. All. Volkskalender abrechnen.

Arb.-Athletik-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zintsgartenstraße 15. Freitag, d. 2. Febr., abds. ½6 Uhr, in der Geschäftsstelle Vorstands-Sitzung. Sonnabend, 3. Febr., abends 7 Uhr, im „Volksparl": Vortrag des Genossen Seidel (Berlin) üb.: „Der Sozialist und der Alkohol". Gäste willkommen. — abends 7 Uhr: Musikgruppe beim Gen. M. Walther, Thüringerstr. 24 pt. Sonntag, d. 4. Febr., vorm. 10 Uhr, im „Volksp.": Sonntag Propagandagruppe — nachm. 5 Uhr: Fahrt nach Merseburg. Treffpunkt: Haupt-Bahnhof.

Komm. Arb.-Jugend. Ortsgr. Halle a. S. Jb. Montag, ½8 Uhr: Zusammenkunft d. Funktionäre. Jeden Donnerstag, in d. Schillerschule: Gruppenabend. Mitglieder anderer Organisation sind willkommen. Der Ortsvorst.

Komm. Kindergruppe. Heim: Rathausstr. 16. Jeb. Montag, d. 4., b. 7½ Uhr: Mandolinenstunde. Dienstag, nachmittags 4-6 Uhr, i. „Volksparl" u. „Produktiv-Genossenschaft": Für Mädchen Handarbeitsstunde. Freitag, nachmittags 5 bis ½7 Uhr, im Heim: Arbeitsgemeinschaft. Nachdem: Vorstands-Sitzung. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, i. d. Gruppenlokal: Zusammenkunft. All. Volkskalender abrechnen.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 7—10 Uhr. Heute, Freitag, abds ½8 Uhr, Gruppe Nord: Vortrag üb.: „Die Ruhrbesetzung und die Jugend". Gruppe Zentrum Vortrag üb.: „Die Nachkriegswirtschaft und die Lage der Arbeit. nd. Jugend". Sonnabend, abds. ½8 Uhr, i. Heim: Arbeitsgemeinschaft. Sonntag, abends ½8 Uhr, i. d. „Produktiv-Genossenschaft": Literarischer Abend (D. Dichter Maxim Gorki). Montag, ab. 7 Uhr, i. Heim: Wichtige Jeneh.-Vorstandssitzung.

Sportkl. 1909 Bertrbl.: Zur Ruhme, Lorstraße 2a. Uebungsstunde i. d. Johannesschule. Montag, Schülerabteilg.: Von 5 bis 7 Uhr. Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Donnerst., Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Bei jammlung: Jeb. Sonnabend nach d. 1. im Monat.

Denkt an die Rote Hilfe!

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz Berekstol. Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Kinder-Mand.-Abt.: Jeden Donnerstag von 6—8 Uhr.

Merkt für die Prod.-Genossenschaft.

Unsere Bezirks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, Eing. Schützenstr., führt, wie unsere **Volks-Buchhandlung,** Harz 42/44, sämtliche **Schulartikel.** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.

Lehrlinge als Marmorschleifer werden bei gutem Verdienst und kurzer Lehrzeit eingestellt **Fr. Schulze,** Inh.: A. & C. à Brassard, Marmorwerk, Boelckestraße 100.

Tagesordnung

für die **Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 5. d. M., nachm. 4 Uhr.**

Oeffentliche Sitzung.

1. Wahl von Mitgliedern des Kleingartenbeirats.
2. Feststellung der Mitglieder der Theaterdeputation.
3. Aenderung des Straßenbahntarifs.

4/5. Erhöhung der Bezüge für Theaterangestellte.

6. Erhöhung des Ausgleichszuschlags.
7. Gewährung von Kinderbeihilfen.
8. Aufnahme eines Darlehns für Kleinwohnungen.
9. Einrichtung von Zimmern in der alten Hospitalkirche.
10. Beschaffung eines Diathermieapparates.
11. Notstandsarbeiten.
12. Verwendung der Erneuerungsfonds des Schlacht- und Viehhofes.
13. Errichtung einer Umformerhalle.
14. Ortsstatut betr. Straßenreinigung.
15. Nachbewilligung für die Kämmereiverwaltung.
16. Entschließung gegen die Preissteigerung der Inlanderzeugnisse.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Halle a. d. S., den 2. Februar 1923.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Keil. 435

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Bestellungen auf die Wochenzeitung

DAS WORT

345

erbitten wir sofort aufzugeben, damit eine pünktliche Belieferung erfolgen kann. Unsere Trägerinnen, die auswärtigen Filialen, die „Volksbuchhandlung" in Halle, Harz 42/44, wie der Verlag selbst, Lerchenfeldstraße 14 (Fernruf 1045, 1047, 2251), nehmen Bestellungen entgegen. „Das Wort" kostet im Februar 200 Mark. Es sollte niemand versäumen, diese aktuelle Wochenzeitung zu lesen.

Balda

429 **die Schokolade der Feinschmecker.**

Generalvertr.: Bachran & Co., G. m. b. H., Markt 6 (gegenüber der „Börse").

Bekanntmachungen.

Die Gebühren für die Benutzung des städtischen Schlacht- u. Viehhofes sind vom 1. Februar 1923 an **erhöht** worden. Die Gesamtabgabe für das Schlachten einschl. der Untersuchung eines Rindes, Kalbes, Schafes oder Schweines beträgt durchschnittlich 15 Mk., für Pferde- u. Privatschlachtungen 10 Mk. für das Pfund Schlachtgewicht.

Die Gebühren-Ordnung liegt in der Kasse des städtischen Schlacht- u. Viehhofes während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus.

Halle, den 31. Januar 1923.

Der Magistrat. 431

Brot- und Mehlpreise.

Auf Grund des § 35 des Gesetzes über Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. 7. 1922 (RGBl. S. 535) wird zu der Anordnung über Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs gegen Brotmarken vom 9. 8. 1922 folgender

Nachtrag

erlassen:

Artikel 1: § 4, Abs. 2, erhält folgende Fassung:

Der Höchstpreis beträgt
für 1 Roggenbrot zu 1800 Gramm 610 M
für 1 Weizbrot zu 85 Gramm . 29 M
für 335 Gramm Roggenmehl . . 128 M
für 335 Gramm Weizenmehl . . 135 M

Für Zwiebäcke werden Höchstpreise nicht festgesetzt. 425

Artikel 2: Dieser Nachtrag tritt mit dem 5. Februar 1923 in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird der Nachtrag vom 10. Januar 1923 aufgehoben.

Halle, den 1. Februar 1923

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

5000 Mark Belohnung.

Auf der Kreisstraße Radatz-Schwerz sind in der Zeit vom 9. bis 12. Januar 1923 aus km 0,0 bis 0,3 10 Stück junge Birnbäume gestohlen worden; und zwar sind aus km: 0,0 bis 0,1 ein Baum, aus km: 0,1 bis 0,2 acht Bäume, und aus km: 0,2 bis 0,3 ein Baum gestohlen worden 424

Eine Belohnung bis zu 5000 Mk. wird demjenigen zugesichert, der den oder die Täter so zur Anzeige bringt, daß dieselben gerichtlich belangt werden können.

Halle, den 25. Januar 1923.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Halle.

Am 27. Januar schied freiwillig aus dem Leben unser treues Mitglied, der Genosse 434

Paul Begler, Werkmeister.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 3. Febr., nachmittags ½3 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof statt. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme beim Verluste unl. lieb. unvergeßl. Sohnes **Richard** sagen wir allen Verwandten u. Bekannten sowie den Hausbewohnern unl. herzl. Dank. Besond. Dank der Firma u. Belegschaft Natorp & Eberhardt für die uns gewidmete Spende u. ihm erwiesene letzte Ehre. Dank der Belegschaft der Firma A. Haaßengier. Familie **Richard Bartholomäus.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230202-17/fragment/page=0006